

Für eine gute Zukunft: Politik der Mitte



Die Delegierten des 35. Bundesparteitags der CDU in der Bonner Beethovenhalle wählten Helmut Kohl erneut mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden. Redetexte und Wahlergebnisse in dieser Ausgabe.

- Helmut Kohl wiedergewählt
- Vertrauen für Gerhard Stoltenberg
- Rita Süßmuth im Parteipräsidium
- Senioren-Union beschlossen

So sieht der neue Bundesvorstand aus

Der 35. Bundesparteitag der CDU hat am 9. November 1987 in Bonn die Führungsspitze wie folgt neu gewählt:

Bundesvorsitzender: Helmut Kohl

Abgegebene Stimmzettel: 717. Ungültig war 1 Stimmzettel. 55 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. 661 Stimmen waren gültig. Die erforderliche Mehrheit beträgt 331 Stimmen.

Mit Ja haben 579 gestimmt, mit Nein 82.

Das Ergebnis der Wahl der sieben stellvertretenden Bundesvorsitzenden:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 663. Ungültig: 1 Stimme. Gültige Stimmen demnach 662. Für die Wahl waren jeweils 332 Stimmen erforderlich.

Es entfielen

auf Gerhard Stoltenberg 572 Stimmen,

auf Norbert Blüm 555 Stimmen,

auf Walter Wallmann 535 Stimmen,

auf Rita Süßmuth 515 Stimmen,

auf Lothar Späth 494 Stimmen,

auf Ernst Albrecht 444 Stimmen,

Hanna-Renate Laurien 432 Stimmen.

Schatzmeister: Walther Leisler Kiep

Abgegebene Stimmzettel: 698,

Enthaltungen: 38, gültige Stimmen: 660.

Die erforderliche Mehrheit sind 331 Stimmen. Mit Ja stimmten 593, mit Nein 67.

Die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 697; ungültig: 1; Enthaltungen: keine.

Gültige Stimmen: 696. Für die Wahl sind mindestens 349 Stimmen erforderlich.

Die Einzelergebnisse:

1. Bernhard Vogel, 666 Stimmen.
2. Eberhard Diepgen, 663 Stimmen.
3. Wilfried Hasselmann, 586 Stimmen.
4. Birgit Breuel, 568 Stimmen.
5. Erwin Teufel, 554 Stimmen.

6. Renate Hellwig, 549 Stimmen.
7. Manfred Wörner, 549 Stimmen.
8. Elmar Pieroth, 521 Stimmen.
9. Ulf Fink, 520 Stimmen.
10. Roswitha Verhülsdonk, 515 Stimmen.
11. Christoph Böhr, 514 Stimmen.
12. Horst Waffenschmidt, 510 Stimmen.
13. Christa Thoben, 500 Stimmen.
14. Matthias Wissmann, 469 Stimmen.
15. Bernhard Worms, 465 Stimmen.
16. Kurt H. Biedenkopf, 455 Stimmen.
17. Barbara Schäfer, 452 Stimmen.
18. Peter Jacoby, 450 Stimmen.
19. Graf von Schwerin, 449 Stimmen.
20. Christian Schwarz-Schilling, 421 Stimmen.

Aktionsleiter-Schulung auf Schloß Eichholz

Termin: 11./12. Dezember 1987

Ein weiteres Schulungsseminar für Aktionsleiter im Bereich Mitgliederwerbung bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Dezember an. Von Freitag- bis Samstagmittag stehen hierbei auf dem Programm:

- politische Informationen
- aktive Verbandsarbeit
- erfolgreiche Modelle der Mitgliederwerbung
- Sprachtraining
- ausführlicher Erfahrungsaustausch.

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Abt. Öffentlichkeitsarbeit

z. Hd. Herrn Ralf Firmenich

Konrad-Adenauer-Haus

Friedrich-Ebert-Allee 73/75

5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 5 44-371

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit Solidarität und harter Arbeit werden wir die Zukunft gewinnen

Der 35. Bundesparteitag der CDU findet in einer Zeit statt, in der es den meisten Menschen in unserem Land materiell immer besser geht. Dennoch haben viele den Eindruck, daß wir innehalten sollten. Viele Ereignisse der jüngsten Zeit müssen uns nachdenklich machen.

Immer mehr Menschen sehen sich im Zwiespalt widerstreitender Gefühle: Einerseits der so ermutigende erste große Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West — andererseits immer wieder beunruhigende Nachrichten etwa vom Golf oder aus anderen Krisenregionen der Welt.

Einerseits anhaltendes Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen — andererseits Turbulenzen an den Weltbörsen und fortbestehende Arbeitslosigkeit.

Und was unsere eigene Partei angeht: Einerseits Genugtuung über die Erneuerung unseres Regierungsmandats und auch berechtigter Stolz auf viele Erfolge der Regierung — andererseits unübersehbare Enttäuschung über Stimmenverluste bei Wahlen und vor allem auch Unzufriedenheit mit unserem Erscheinungsbild.

Machen wir uns nichts vor: Unsere Arbeit findet im Augenblick nicht genügend Anerkennung — auch deshalb nicht, weil wir selbst zu oft von unseren Erfolgen abgelenkt haben.

Aus Mißerfolgen die richtigen Konsequenzen zu ziehen — das ist bereits eine große Herausforderung. Inzwischen aber, liebe Freunde, haben wir es noch mit einem ganz anderen Problem zu tun.

Unser Alltag wird in diesen Wochen von dem überschattet, was sich in Kiel zuge- tragen hat. Wir sind noch weit davon entfernt, zu wissen, was im einzelnen tatsächlich war. Aber auch wenn wir es wissen, werden wir, so glaube ich, ratlos bleiben vor dem, was sich hier vor uns aufgetan hat.

Der Heilige Augustinus, der zu großer Selbsterkenntnis gekommen ist, sagte einmal im Hinblick auf sich selbst und auf die Erfahrung des Menschen: „Welch schauerlich Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott?“

Die Fragwürdigkeit menschlichen Handelns ist hier in den Blick gekommen. Wir verlangen nach Wahrheit, nach rückhaltloser Aufklärung dieser Affäre. Sie soll und sie muß auch erfolgen. Doch wenn diese Aufklärung nicht folgenlos bleiben soll, so muß sie uns zu jener Wahrheit führen, die Augustinus mit dem Wort ausgesprochen hat: Wir Menschen tragen einen Abgrund in uns.

Je mehr Macht dem Menschen gegeben ist, desto größer ist die Gefahr. Dies trifft wahrlich nicht nur auf die Politiker zu, dies betrifft alle — ob in der Publizistik, in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in den Kirchen.

Haben wir nun Grund zur Resignation? Wir hätten Grund, wenn wir versuchten, der Wahrheit aus dem Wege zu gehen. Aber als Christen wissen wir, daß dort, wo der Mensch sich zur Wahrheit bekennt, auch wenn sie schmerzlich ist,

nicht nur Vergebung, sondern immer auch neues Vertrauen möglich wird.

Wir haben als Menschen nicht nur eine Vergangenheit zu bewältigen, die von den Generationen vor uns gemacht wurde, sondern haben uns auch zu jener Geschichte zu bekennen, die wir selbst geschrieben haben. Je klarer wir dies tun, desto eher kann jene Solidarität erwachsen, ohne die keine — und ganz gewiß nicht unsere — Partei existieren kann, ohne die menschliche Gemeinschaft nicht denkbar ist.

So müssen wir alle versuchen, aus dem Geschehenen Lehren zu ziehen. Wir müssen bei Verdächtigungen Vorsicht walten lassen. Wir müssen immer beide Seiten hören, vor allem aber jene, denen ein Vorwurf gemacht wird. Wir müssen allgemein einen menschlich anständigen Umgang miteinander wahren.

Auch in unserer Partei haben wir hier durchaus Grund zur Selbstkritik. Aber ich füge hinzu: Diejenigen unserer Freunde, die in Kiel Verantwortung tragen und in einer sehr, sehr schwierigen Lage Entscheidungen treffen mußten, haben auch besonderen Anspruch auf unsere Solidarität.

Wir Politiker müssen aus den Ereignissen der letzten Wochen Konsequenzen ziehen. Im politischen Leben einer Demokratie muß es auch harte Auseinandersetzungen geben. Aber zwischen Demokraten darf es kein Freund-Feind-Verhältnis geben, und ganz gewiß gilt der Satz, daß auch in der Politik der Zweck nicht die Mittel heiligt.

Macht gehört zur politischen Gestaltung in der Demokratie, aber sie ist nicht Selbstzweck, und sie lohnt schon gar nicht jeden Preis. Wir alle sind dafür verantwortlich, daß unsere Demokratie nicht Schaden leidet.

Ich sage bewußt: „Wir alle“ — denn es sind nicht nur die Politiker, die Grund zu kritischen Fragen an sich selbst haben.

Für unsere politische Kultur tragen all jene Verantwortung, die an der Bildung des öffentlichen Bewußtseins teilhaben, also auch die Medien.

Wenn ein Mensch stirbt, dann gilt es, die Würde des Todes und des Toten zu achten und — das ist kein altmodischer Begriff — Pietät zu wahren. Geschäftsinteressen haben hinter dem Schutz der Menschenwürde zurückzutreten.

Demokratie, liebe Freunde, braucht Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, sie lebt aber auch von einem Vertrauensvorschuß, den sich alle Beteiligten gegenseitig einräumen. Wo Mißtrauen das alles beherrschende Prinzip ist, kann ein freiheitliches Gemeinwesen auf Dauer nicht gedeihen. Und so, denke ich, müssen jetzt wir alle mit besonderer Sensibilität und Besonnenheit neues Vertrauen begründen.

„Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit.“ Das ist ein Zitat aus unserem Grundsatzprogramm. „Jeder Mensch,“ so heißt es dort weiter, „ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“ Dieses menschliche Maß, liebe Freunde, muß auch unseren Umgangsstil in der Politik kennzeichnen.

Als führende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, in der Bundesregierung und in vielen Landesregierungen, als stärkste Partei in Bund, Ländern und Gemeinden tragen wir auch insofern eine ganz besondere Verantwortung. Ich sage noch einmal: Auch in der Demokratie ist Macht notwendig, aber wir müssen den Versuchungen widerstehen, die von Macht ausgehen können. Wer ein öffentliches Amt innehat, darf es eben nicht selbstherrlich ausüben. Macht ist verträglich, wenn sie bereit ist zum Dienen.

Es täusche sich niemand: Die Menschen merken schnell, ob wir ihnen dienen wollen und unsere Pflicht tun. Sie sind unsere Mitbürger, und sie erwarten zu Recht, daß wir für sie da sind. Als Volkspartei der Mitte müssen wir nicht nur durch Programm und Politik, sondern vor allem auch durch unser Verhalten im Alltag Bürgernähe beweisen.

Politik ist nicht wie ein Schachspiel für Strategen, die Figuren hin und her bewegen. Wir haben mit Menschen zu tun. Wir wollen, daß sie uns vertrauen. Dieses Vertrauen ist rasch verspielt — es muß nicht nur einmal verdient, sondern dann auch jeden Tag neu erworben werden.

Wir brauchen mehr Bürgernähe, auch in unserer eigenen Partei. Ich möchte dafür einige Beispiele nennen:

■ Wer ein Amt übernimmt, übernimmt auch Pflichten. Wer zu viele Ämter innehat, der wird nicht allen seinen Aufgaben gerecht werden können. Vertrauen gewinnt, wer tatsächlich für die Bürger da ist, wer ihre Sorgen ernst nimmt, wo auch immer sie zum Ausdruck kommen: etwa in Zuschriften oder in Gesprächen.

■ Ich erwarte von allen Parteifreunden, die ein öffentliches Amt innehaben, daß sie bei allen offiziellen Terminverpflichtungen auch Zeit für die eigene Partei finden.

■ Die Lösung von Sachfragen ist wichtiger als die Vergabe von Posten. Es müssen auch die großen, übergreifenden politischen Themen im Blick bleiben; sie müssen diskutiert, den Menschen nahegebracht werden. Das heißt — und darüber werden wir uns auf dem nächsten Parteitag zu unterhalten haben —, daß wir auch in den Kreis- und Ortsverbänden solche Themen diskutieren und daß wir uns hier nicht, so wichtig dies ist, auf kommunale Fragen beschränken.

■ Bei der Nominierung zu Parlamentsmandaten — das gilt übrigens auch für

die Wahlen in unserer Partei — muß neben der Parteiarbeit auch Berufs- und Lebenserfahrung wieder stärker berücksichtigt werden. Den Volksvertretungen, liebe Freunde, kann es nur nutzen, wenn noch mehr Abgeordnete beispielsweise als mehr Arbeitnehmer den betrieblichen Alltag persönlich kennen — oder als Freiberufler, als Selbständige aus Handel, Handwerk und Industrie.

Wir haben in Essen beschlossen — und es darf nicht bei diesem Parteitagsbeschuß bleiben —, daß wir mehr Mitar-

„Wir haben als Menschen nicht nur eine Vergangenheit zu bewältigen, die von Generationen vor uns gemacht wurde, sondern wir haben uns auch zu jener Geschichte zu bekennen, die von uns selbst geschrieben wurde. Je klarer wir dies tun, desto eher kann jene Solidarität erwachsen, ohne die unsere Partei nicht existieren kann, ohne die aber auch menschliche Gemeinschaft nicht denkbar ist.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

beit und Mitverantwortung von Frauen wollen: „Es ist die gemeinsame Aufgabe von Männern und Frauen, das krasse Mißverhältnis zwischen der Mitgliederstärke der Frauen in Parteien und der Zahl weiblicher Mandats- und Funktionsträger zu beseitigen.“

So haben wir in Essen vor zweieinhalb Jahren beschlossen. Unsere Glaubwürdigkeit hängt mit davon ab, daß wir diese Essener Leitsätze auch in die Praxis umsetzen.

Es gibt noch einen weiteren, ganz wichtigen Punkt zu der Frage, wie wir das Vertrauen der Bürger bewahren und immer wieder neu gewinnen: Um unserer Glaubwürdigkeit willen müssen wir jederzeit auf das Allgemeininteresse, auf

Grundsatztreue, Sachgerechtigkeit und menschlichen Anstand achten. Wenn es uns nicht um uns selbst geht, sondern um das allgemeine Wohl, dann wird es uns nicht schwerfallen, zusammenzustehen — auch dann, wenn der Wind uns einmal ins Gesicht bläst. Wir müssen miteinander der gemeinsamen Sache dienen. An diesem Miteinander hat es leider gelegentlich gefehlt.

Statt über Sachfragen nachzudenken und gemeinsam den politischen Gegner zu bedrängen, waren zu viele zu oft mit sich selbst beschäftigt — und das in aller Öffentlichkeit. Wir brauchen uns also über das öffentliche Erscheinungsbild der Union nicht zu wundern. Es war manchmal schon abenteuerlich, was sich da der eine oder andere an Selbstdarstellung geleistet hat. Es gehört auch zur politischen Klugheit, daß man auch einmal kein Interview gibt und nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit der Versuchung eines Mikrophons erliegt. Im übrigen — ich mag da altmodisch sein — gibt es auch Publikationen, die als Plattform für Ratschläge und Mahnungen von Parteifreund zu Parteifreund denkbar ungeeignet sind.

Liebe Freunde, es bekommt unserem Erscheinungsbild auch nicht, wenn wir zwar hinter verschlossenen Türen beraten — über Sachfragen notwendigerweise auch kontrovers diskutieren —, bald darauf aber eine Art Sitzungsprotokoll in der Zeitung lesen können. Indiskretion ist Illoyalität gegenüber der gemeinsamen Sache. Schwer geschadet hat der Union — wir alle wissen dies — die öffentliche Auseinandersetzung zwischen CDU und CSU. Wir haben uns vor einigen Wochen nach intensiven, auch harten Diskussionen verpflichtet, dies alles einzustellen. Ich erwarte von jedermann in der CDU und in der CSU, daß er sich an diese Vereinbarung hält.

Denn, liebe Freunde, wir können es wie an einem Seismographen in den Umfragen ablesen, daß öffentlicher Streit in der Union uns Vertrauen entzieht. Nichts überzeugt unsere Wähler mehr als eine sachkundige, geschlossene, offensive Vertretung unserer Politik.

Wir, CDU und CSU — und Fritz Zimmermann hat ganz recht mit dem, was er hier gerade gesagt hat —, sind gemeinsam die Union. Wir sind Schwesterparteien. Wir sind den gleichen Grundwerten und Überzeugungen verpflichtet. Nur gemeinsam können wir die bestimmende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland sein — und wenn nicht gemeinsam, dann eben überhaupt nicht. Das ist die Erfahrung von 40 Jahren.

Wir haben einen gemeinsamen politischen Hauptgegner. Das ist die SPD. Wir haben einen gemeinsamen Koalitionspartner. Das ist die FDP. Bei Wahlen ist sie für uns ein Konkurrent. Wir haben an niemanden und nirgendwo Stimmen zu verschenken.

In der Regierungsarbeit wollen wir aber eine faire und kollegiale Zusammenarbeit pflegen. Fairneß heißt: Keiner darf ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht sein. Keiner darf dem anderen zumuten, was er selbst als unzumutbar empfindet. Eine darauf gegründete Partnerschaft ist natürlich noch keine Erfolgsgarantie, aber ohne sie kann die Regierungsarbeit, vor allem im Rahmen einer Koalition, auf die Dauer nicht gutgehen.

Auch manche Kollegen von der FDP müssen sich durchaus kritische Fragen zu dem Stichwort „Profilierungsbedürfnis“ gefallen lassen. Zum Kapitel „Weshalb macht die Koalition keinen besseren Eindruck?“ gehören auch manche Äußerungen von dieser Seite.

Die FDP weiß, daß die große Mehrheit ihrer Wähler diese Koalition der Mitte will. Wir wissen unsererseits: Nach den

heute gegebenen Verhältnissen können wir auf eine dauerhafte Regierungsmehrheit nur gemeinsam mit der FDP setzen.

Wir werden immer um jede Wählerstimme kämpfen. Absolute Mehrheiten — das sage ich angesichts der Geschichte der Bundesrepublik — sind bei unserem Wahlsystem jedoch die Ausnahme. Wir können sagen: leider; es ist aber so. Sie können zustandekommen, auch auf der Ebene des Bundes, aber sie lassen sich nicht einplanen, und darauf müssen wir Rücksicht nehmen.

Als Regierungspartei tun wir gut daran, das Koalitionsklima zu pflegen. Das heißt auch, zum Kompromiß fähig zu sein. Wir erwarten von unserem Partner, der FDP, das gleiche. Wir wollen den gemeinsamen Erfolg. Wir müssen ihn gemeinsam vorbereiten. Wir dürfen ihn nicht zerreden.

Wir haben in der Koalition unsere Ziele in einer sorgfältig ausgehandelten Vereinbarung für diese Legislaturperiode festgelegt. Diese Abreden dürfen von keiner Seite in Frage gestellt werden. Darauf werde ich ganz persönlich achten. Unser Regierungsprogramm gilt für die ganze Legislaturperiode. Niemand von uns kann erwarten, daß wir es bereits im ersten Jahr in allen Punkten realisieren.

Natürlich gibt es in einer Koalition auch Meinungsverschiedenheiten. Sachdebatten sind notwendig, aber die Beteiligten müssen, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen, miteinander reden und dürfen nicht in der Öffentlichkeit gegeneinander polemisieren.

Ich weiß, daß offener Meinungsstreit in der Koalition auch dem Regierungschef angelastet wird. Liebe Freunde, nicht immer läßt sich bei Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten mit einem sogenannten Machtwort des Bundeskanzlers eine Entscheidung durchsetzen, und in den wenigsten Fällen ist es klug, in der

Öffentlichkeit darüber zu reden. Der Regierungschef einer Koalitionsregierung muß einen Ausgleich suchen, Lösungen herbeizuführen, die möglichst für alle tragfähig sind. Ich muß auch daran erinnern, daß es mit der Richtlinienkompetenz nicht möglich ist, die Mehrheitsregel — etwa im Parlament — außer Kraft zu setzen.

Führungskraft besteht nicht in großen Worten und Gesten, sondern muß sich in täglicher Praxis bewähren. Ich habe gelegentlich den Eindruck, wir alle — auch in der Union — haben vergessen, welch schwierige Situationen und Herausforderungen wir gemeinsam — gegen den Zeitgeist, gegen weite Teile der verfaßten öffentlichen Meinung — durchgestanden haben. Vieles, was in diesen Jahren als unpopulär galt, wird heute ganz selbstverständlich als Erfolg angesehen. Es wird oft zu selbstverständlich als Erfolg angesehen. Wir reden kaum darüber.

Ich erinnere an wenige Beispiele.

■ Für den März 1983 habe ich Neuwahlen herbeigeführt. Ich war überzeugt, daß dies notwendig war, weil nach der Regierungsübernahme im Oktober 1982 wichtige Entscheidungen vor uns standen. Viele waren aber der Meinung, diese Wahlen seien kaum zu gewinnen. Heute wissen wir, daß die Arbeit der ersten vier Jahre nur deswegen so viele Früchte tragen konnte, weil wir im März 1983 einen eindeutigen Wählerauftrag bekamen.

■ Liebe Freunde, im Herbst 1983 hatten wir die ungewöhnlich schwierige Debatte um den NATO-Doppelbeschluß. Heute erkennt jeder, daß unsere Standfestigkeit Voraussetzung für die Abrüstungsvereinbarung war, die jetzt Wirklichkeit wird.

■ 1984/85 wurden wir wegen unserer Hartnäckigkeit, das schadstoffarme Auto durchzusetzen, beschimpft und gescholten. Heute gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, daß dies ein wichtiger Erfolg

konsequenter Umweltpolitik nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für Europa war.

■ Jetzt ein besonders faszinierendes Beispiel: Im Winter 1985 und im Frühjahr 1986 hatten wir mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen den Streit um den Paragraphen 116 AFG. Es war schon ungeheuerlich, mit welcher Demagogie wir damals attackiert wurden. So behaupteten wichtige Teile der Führung der IG Metall — ich nenne sie als Beispiel —, die Tarifautonomie stehe auf dem Spiel; wir wollten sie abschaffen.

Mittlerweile hat dieselbe Gewerkschaft Tarifverträge mit Laufzeiten von drei Jahren abgeschlossen. Sie mögen uns nicht, aber sie vertrauen unserer soliden und verlässlichen Politik.

■ In diesem Jahr wurde schließlich viel über die Steuerreform spekuliert. Vor kurzem haben wir, wie von mir vorgeschlagen, die notwendigen Entscheidungen getroffen. Auch hier sollten all jene aus unseren Reihen, die mit vielen Anregungen hervorgetreten sind, genauso oft und publikumswirksam jetzt für den gemeinsamen Erfolg werben.

Ich bin sicher: Wenn wir uns auf unsere Grundsätze besinnen, wenn wir im politischen Alltag menschlich und vernünftig miteinander umgehen, dann werden die Erfolge unserer Politik auch die Anerkennung finden, die sie verdienen. Es ist doch keine Frage — und es ist auch kein Selbstlob, es auszusprechen: Diese Regierung unter Führung der Union leistet gute Arbeit — in der Innen- wie in der Außenpolitik. Im Ausland hat die Stimme der Bundesrepublik Deutschland Gewicht, im Westen wie im Osten. Auf unser Wort ist Verlaß. Jeder weiß, wo wir stehen.

Die SPD hat uns wegen unserer klaren Haltung eine „Eiszeit“ im Ost-West-Verhältnis prophezeit. Selten ist eine Propa-

gandabehauptung so schnell und so eindeutig durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden.

Hätten wir damals auf die Sozialdemokraten gehört, dann stünden wir heute nicht vor einem Abkommen, durch das — erstmals in der Geschichte der Abrüstung — eine ganze Kategorie von Nuklearwaffen abgeschafft wird. Das ist auch unser Erfolg. Wir müssen über ihn reden, und wir dürfen auf ihn stolz sein. Damit hat sich im Ost-West-Verhältnis eine neue Dynamik entwickelt, die noch vor weni-

„Ich erwarte von den Parteifreunden, die ein öffentliches Amt innehaben, daß sie bei allen offiziellen Terminverpflichtungen auch Zeit für die Partei behalten.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl
auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

gen Jahren viele als Utopie abgetan hätten. Heute erwarten wir mit gutem Grund, daß diese Entwicklung zum Besseren anhalten wird. Meine vorgesehene Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow wird auch unter diesem Gesichtspunkt den deutsch-sowjetischen Beziehungen einen neuen Antrieb geben.

Auch mit Blick auf das innerdeutsche Verhältnis haben sich die Unheilsprophezen der SPD gründlich geirrt. 1982 durften nur 50 000 Reisende in Familienangelegenheiten aus dem anderen Teil Deutschlands, aus der DDR, zu uns kommen.

In diesem Jahr, liebe Freunde — man muß es immer wieder sagen —, werden es fünf Millionen Besuche sein — darunter mehr als eine Million Reisende unterhalb des Rentenalters. Heute gibt es 100mal mehr Besuche als bei unserer Regierungsübernahme. Das ist für mich der wichtigste Erfolg unserer Deutschlandpolitik.

Das, liebe Freunde, ist nicht irgendein Thema. Wir stärken mit dieser Politik die Zusammengehörigkeit der Deutschen, wir schärfen das Bewußtsein für die Einheit der Nation.

Und schließlich haben wir Europa wieder die Vision zurückgegeben, die gerade auch junge Menschen begeistern kann.

Gute Arbeit, so meine ich, haben wir auch im Innern geleistet. Mit der Neuordnung der Staatsfinanzen haben wir bewiesen, daß wir solide wirtschaften können. Mit stetigem Wirtschaftswachstum, mit Preisstabilität und steigender Beschäftigung haben wir bewiesen, daß wir von einer modernen Volkswirtschaft eben mehr verstehen als andere. Und wir werden diese Politik der Sozialen Marktwirtschaft konsequent und entschieden fortsetzen.

Liebe Freunde, wir haben mehr Leistungsgerechtigkeit, mehr Wettbewerb, mehr Chancen für den Strukturwandel durchgesetzt. Wir haben das Netz sozialer Sicherheit wieder tragfähig gemacht. Durch unsere Politik entstanden fast 700 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze, und diese Politik ist auch für die Zukunft richtig. Mehr Beschäftigung, neue Arbeitsplätze — das ist die innenpolitische Aufgabe Nummer eins.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für uns keine Frage besserer Statistiken, sondern immer eine Frage von persönlicher Erfüllung und Lebensglück für Menschen. Hier müssen wir noch große Anstrengungen unternehmen. Aber wir sind auf einem guten Weg.

Liebe Freunde, unsere Initiativen für Lehrstellen und Ausbildungsplätze waren erfolgreich. Erinnern Sie sich noch, wie die Prognosen vor zwei, drei und vier Jahren waren? Wir haben damit bewiesen, daß Zukunftsperspektiven für die junge Generation für uns immer Priorität besitzen. Die Lehrstellenaktion wurde ein

großer Erfolg. Sie hat gezeigt, daß Eigeninitiative und Bürgersinn eben mehr bewirken können als staatliche Reglementierungen. Ich will auch heute noch einmal allen danken, die uns geholfen haben.

Liebe Freunde, wir haben den Familienlastenausgleich verbessert. Damit haben wir einmal mehr bewiesen, daß die Familie für uns im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft steht. Kinder müssen in Deutschland wieder Vorfahrt haben. Wer ja sagt zu Kindern, hat Anspruch auf Schutz und Hilfe durch unseren Staat und unsere Gesellschaft.

Auch und gerade deshalb haben wir Kindererziehungszeiten im Rentenrecht anerkannt. Dies hat einmal mehr deutlich gemacht, daß unser Grundsatzprogramm auch Richtschnur für praktische Politik ist. Kinder sind ein unerläßlicher Beitrag zum Generationenvertrag. In Anknüpfung an viele wegweisende Erneuerungen im Rentensystem werden wir in dieser Legislaturperiode die notwendigen Beschlüsse zur Reform der Alterssicherung fassen.

Wirtschaftspolitisches Kernstück dieser Legislaturperiode ist die große Steuerreform; sie ist wegweisend. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik ist etwas Vergleichbares unternommen worden. Dies gilt sowohl für die nachhaltige Nettoentlastung von Steuerzahlern und Unternehmen als auch für den Abbau von Subventionen.

Beides, liebe Freunde, muß im Zusammenhang gesehen werden: Wer für Steuerentlastung ist, darf sich nicht gleichzeitig über den Verlust von Subventionen beklagen. Nur mit beidem zusammen, also mit Steuerentlastung und mit Subventionsabbau, erreichen wir das, worauf es jetzt entscheidend ankommt: ein zukunftsfähiges Steuersystem, das Leistung nicht bestraft, sondern belohnt,

und zugleich ein gutes Stück mehr Steuergerechtigkeit.

Dabei geht es gerade auch — und viele vergessen dies — um die Bedingungen des Standort Bundesrepublik Deutschland, also um Wachstum und Arbeitsplätze in den 90er Jahren. Liebe Freunde, die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten in den letzten Wochen haben vor allem eines mehr als deutlich gemacht: daß wir unsere klare, unsere zukunftsorientierte und verlässliche Wirtschaftspolitik unbedingt beibehalten müssen.

Bei unserem Gesundheitswesen ist kritisch zu fragen, welche Belastungen der einzelne der Solidargemeinschaft der Versicherten dauerhaft zumuten kann. Es macht gar keinen Sinn, Steuern zu senken, wenn gleichzeitig die Sozialabgaben — d. h. die Lohnnebenkosten — aus dem Ruder laufen. Hier werden wir die notwendigen Entscheidungen in allernächster Zeit treffen.

Liebe Freunde, für den Schutz der Umwelt haben wir durchgreifende Maßnahmen getroffen. Wir verstehen uns im besten Sinne des Wortes als Anwälte unserer Natur und Lebensumwelt. Wir haben in fünf Jahren auf diesem Felde mehr durchgesetzt, als sich die SPD in ihrer Regierungszeit auch nur als Ziel vorgenommen hatte. Sie hat die entscheidenden Weichenstellungen 13 Jahre lang verschlafen.

Liebe Freunde, jeder von uns weiß, daß die deutsche Landwirtschaft in einer besonders schwierigen Lage ist. Wir haben bereits erste Erfolge zur Sicherung des Einkommens unserer Bauern erzielt. Wir werden — trotz aller Diskussionen, die wir auch auf diesem Felde durchzustehen haben — unsere Landwirte nicht im Stich lassen. Unsere Überzeugung ist einheitlich: Zur freiheitlichen Gesell-

schaft der Zukunft gehören selbstverständlich der bäuerliche Familienbetrieb und ein lebensfähiger ländlicher Raum.

Liebe Freunde, der Wählerauftrag an uns heißt: stabile Grundlagen für eine sichere, menschengerechte Zukunft schaffen. Wir, die CDU Deutschlands, haben als stärkste Regierungspartei vom Wähler eine besondere Legitimation, aber das heißt auch: Wir tragen eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung ist um so größer, als wir es mit einer orientierungslosen Opposition zu tun haben.

Zu den GRÜNEN ist nicht viel zu sagen. Daß eine der Vorsitzenden der GRÜNEN behauptet, der Staat brauche — ich zitiere — „fast nichts so sehnsüchtig wie den Terror“, das ist ein Skandal. Daran wird auch deutlich, wie wichtig der Sieg Walter Wallmanns und unserer Freunde in Hessen und die Abwahl des rot-grünen Bündnisses dort waren.

Wie zynisch diese und andere Äußerungen aus den Reihen der GRÜNEN zum Thema Gewalt waren, hat sich ja vor einer Woche in Frankfurt gezeigt. Die tödlichen Schüsse — wir sollten dies nie vergessen — auf die beiden Polizeibeamten galten auch unserer demokratischen Ordnung. Hier war ein Haß am Werke, der im anderen nicht mehr den Mitmenschen sieht, sondern ein Ziel, das es zu vernichten gilt. Wir denken mit Trauer und Mitgefühl an die Familien. Und wir danken bei dieser Gelegenheit als CDU Deutschlands einmal mehr allen Polizeibeamten für ihren oft gefährlichen Dienst. Es ist ein Dienst für den inneren Frieden und die Freiheit der Bürger.

Liebe Freunde, jeder spürt dies: Es ist überfällig, daß wir die notwendigen Konsequenzen aus dieser Zunahme von Gewalt — bis hin zum Mord — ziehen, und wir werden sie ziehen.

Unser politischer Hauptgegner bleibt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Als Fachleute fürs Nein verweigern sich die Sozialdemokraten gegenüber der Zukunft. Hin- und hergerissen zwischen Utopie und Nostalgie kämpfen sie mit dem altbekannten Problem der Sozialisten, auf dem Boden der Wirklichkeit Fuß zu fassen:

■ So zum Beispiel in der Steuerpolitik, wo die Sozialdemokraten unserer Steuerreform 1990 nichts entgegensetzen

„Wer ein öffentliches Amt innehat, darf es nicht selbstherrlich ausüben. Macht ist verträglich, wenn sie bereit ist zum Dienen“.

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

haben außer den Rezepten von gestern, die unter ihrer Verantwortung zum Abbau von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen geführt haben.

■ So zum Beispiel — und ich nehme das Wort von Norbert Blüm auf — bei Bewältigung des Strukturwandels, wo die Regierung Schmidt praktisch nichts getan hat, und wo die Landesregierung Rau der Entwicklung an Rhein und Ruhr ratlos hinterherläuft, während wir in gemeinsamen Gesprächen mit Stahlunternehmen und Gewerkschaften konkrete Hilfen für die betroffenen Stahlarbeiter vereinbart haben.

■ So zum Beispiel hinsichtlich einer arbeitsplatzsichernden und umweltschonenden Energiepolitik, wo die Sozialdemokraten den Konsens „Kohle—Kernenergie“ aufkündigen und damit dabei sind, der deutschen Kohle die Existenzgrundlage zu entziehen. Gleichzeitig entwerfen sie wechselnde Szenarien von Ausstieg, Einstieg und Umstieg. Sie bie-

ten das Gegenteil dessen an, was wir, was unser Land jetzt tatsächlich braucht: verlässliche Bedingungen in allen Bereichen für die beginnenden 90er Jahre.

Meine Damen und Herren — auch dieses Thema muß angesprochen werden, weil es in der Öffentlichkeit weitgehend untergegangen ist —, ein besorgniserregendes Dokument ist das gemeinsame Grundwerte-Papier von SED und SPD. Die SPD war angesichts einer stolzen Tradition von über 100 Jahren aus gutem Grund stolz auf ihr Demokratieverständnis. Sie hat sich auch als Regierungspartei, etwa 1971, ganz unmißverständlich vom Kommunismus abgegrenzt. Heute läßt sich die SPD auf eine sprachliche Gleichstellung und auf eine formale Gleichberechtigung von freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur ein.

Generalsekretär Honecker — und er hat es auch hier bei seinem Besuch bei uns getan — betont demgegenüber immer wieder, daß sich die beiden Staats- und Gesellschaftsformen „ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser“. Insofern hat er offensichtlich mehr Sinn für die Wirklichkeit als nicht wenige in der SPD.

Wie orientierungslos die SPD im Augenblick ist, hat kürzlich eine Parteikommission zur Analyse des Bundestagswahlergebnisses gesagt. Der Bericht läßt keinen Zweifel daran, daß die SPD ganz grundsätzlich — so sagt man dort — klären muß,

■ ihre Haltung zum Verhältnis zwischen Einzelperson und Gemeinschaft,

■ zum Verhältnis zwischen Selbstentfaltung und Solidarität und

■ zum Verhältnis zwischen Lohn und Leistung und sozialem Ausgleich.

Wer sich selbst solche programmatischen Defizite bestätigt, hat keinen Anspruch auf politische Führung.

Aber, liebe Freunde, die Schwäche unserer politischen Gegner darf uns jedoch in keiner Weise dazu verleiten, unsererseits nachlässig zu werden.

Die Wähler erwarten — und zwar zu Recht — immer wieder von uns, daß wir die Frage beantworten, wo wir stehen und was wir wollen.

„Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“, so heißt es in unserem Grundsatzprogramm ganz am Anfang. Auf dieser Grundlage wendet sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands als Volkspartei der Mitte an alle Menschen, an alle Schichten, an alle Gruppen unseres Volkes.

Deshalb kann es an unserem Standort niemals einen Zweifel geben. Liebe Freunde, wir sind weder eine Rechts- noch eine Linkspartei, und wir werden es auch nicht werden. Es gibt weder einen Rechts- noch einen Linksruck. Wir sind die große Volkspartei der Mitte mit einem klaren Profil: für eine menschenrechtliche Ordnung, in der Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden können.

Liebe Freunde, ich sage das in eine gänzlich unnötige Diskussion der Vergangenheit hinein: Mit diesem Profil haben wir seit 1949 eine große Zahl von Stammwählern gewonnen, und ihr Vertrauen wollen wir doch ganz selbstverständlich bewahren.

Darüber nachzudenken, wie wir das Vertrauen der Stammwähler bewahren, sogenannte Wechselwähler halten und zusätzlich neue Wähler gewinnen können, — das ist doch selbstverständlich für eine Partei, die mehrheitsfähig bleiben will. Das heißt, daß wir auch offen sind für neue Herausforderungen, daß wir uns neuen Fragen stellen.

„Um unserer dauerhaften Glaubwürdigkeit willen müssen wir jederzeit auf das Allgemeininteresse, auf Grundsatztreue, Sachgerechtigkeit und menschlichen Anstand achten. Wenn es uns nicht um uns selbst geht, sondern um das Wohl der Allgemeinheit, dann wird es uns nicht schwerfallen, zusammenzustehen — auch dann, wenn der Wind uns ins Gesicht bläst. Wir müssen miteinander der gemeinsamen Sache dienen.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

Gerade auch am Beispiel des Umweltschutzes, das ich erwähnte, haben wir in diesen wenigen Jahren deutlich gemacht, daß wir mit dieser neuen Herausforderung fertig werden — nicht mit Patentrezepten, aber mit den richtigen Einsichten für eine mittel- und langfristige Politik.

Unterschiedliche Standpunkte werden in der Union durch gemeinsame Werte und Ziele zusammengeführt. Das christlich-soziale Engagement verbindet sich mit konservativer Überzeugung und freiheitlich-liberaler Gesinnung. Das war das Gesetz des Anfangs unserer Partei, und das wird es selbstverständlich auch bleiben, wenn wir erfolgreich sein wollen.

Liebe Freunde, wir waren und bleiben auch die deutsche Europa-Partei und bieten ganz selbstverständlich jenen politischen Heimat, die an dem nationalen Auftrag im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes aus ihrer tiefsten Überzeugung festhalten.

Unser geistiges Fundament ist und bleibt das christliche Menschenbild, die Überzeugung von der unveräußerlichen Würde des einzelnen, das Wissen um seine Grenzen und Schwächen, aber auch der Glaube an seine Fähigkeit, Verant-

wortung wahrzunehmen für die ihm anvertraute Schöpfung. Der im christlichen Menschenbild verankerte Humanismus bezieht seinen tiefen Ernst aus der Idee der Verantwortung. Für den Christen bedeutet dies: Wir werden eines Tages vor Gott über unser Tun und Lassen Rechenschaft ablegen müssen.

Gerade weil wir, liebe Freunde, die Denkmuster des 19. Jahrhunderts, gerade weil wir das traditionelle Rechts-Links-Schema weit hinter uns gelassen haben, sind wir als Union, als christliche Demokraten, mit unserer Wertorientierung fähig gewesen, einen entscheidenden Beitrag zum inneren und äußeren Frieden, zur inneren und äußeren Stabilität unserer Republik zu leisten.

Auf diesem Fundament — da kann es überhaupt keinen Zweifel geben, und ich sehe auch niemanden in dieser Union, der dies nicht wollte — werden wir die Zukunft gestalten. Bei unserem nächsten Parteitag in Wiesbaden wollen wir uns ausführlich mit einigen dieser zentralen Fragen befassen. Es wird ein Parteitag der Diskussion sein. Schon im Vorfeld sollen sich die Orts- und Kreisverbände daran beteiligen.

Liebe Freunde, seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU die klassische Partei der Außenpolitik. Dieses wichtige Feld unserer Politik wird auch Thema des ersten Tages des nächsten Bundesparteitages sein.

Seit dem Amtsantritt vor fünf Jahren hat die von mir geführte Bundesregierung — getreu unseren Grundsätzen seit Konrad Adenauer — in der Außenpolitik unbeirrt klare Ziele verfolgt.

Wir haben von Anfang an darauf hingearbeitet, der großartigen Idee eines sich einigenden freien Europas neue Kraft zu verleihen und konkrete Fortschritte zu erreichen.

Wir haben von Anfang an darauf hingearbeitet, das Atlantische Bündnis von freiheitlich-demokratischen Staaten und vor allem auch die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu festigen und weiterzuentwickeln.

An diesen Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik wird sich nichts ändern.

Wir streben für Deutschland die Freiheit und Einheit an. Deutschlands Zukunft muß an der Seite von Partnern sein, die von Demokratie und Menschenrechten daselbe Verständnis haben wie wir.

Liebe Freunde, wer die Einbindung unseres Landes in die freie Welt in Frage stellt, nimmt unseren Freunden in der Welt Sicherheit und Vertrauen in den politischen Standort der Deutschen — auch in Europa.

Er zerstört zugleich das einzige wirklich tragfähige und sichere Fundament für eine aktive Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Dynamische West- und Europapolitik und aktive Ostpolitik lassen sich nicht voneinander trennen. Aber das Zusammenwirken mit unseren Freunden im Westen ist gerade die Voraussetzung für eine offensive und konstruktive Entspannungspolitik mit dem Osten, und nicht umgekehrt.

Wir wollen weiterhin beide Wege beschreiten: den Aufbau des geeinten freien Europa und den Ausgleich mit dem Osten. Doch der Ausgleich mit dem Osten kann nicht gelingen, wenn wir im Westen uneinig bleiben und wenn wir uns nicht zusammenschließen. Deshalb darf es für uns in der Außenpolitik keine falsche Gewichtung geben: Vorrang haben Europa und die Allianz.

Unsere Verfassung gebietet, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Damit

war, ist und bleibt die deutsche Frage auf der Tagesordnung der deutschen Politik, weil es uns immer um die Freiheit und um die Menschenrechte für alle Deutschen geht. Wer deshalb wie wir für die Einigung des freien Europa arbeitet, arbeitet nicht gegen, sondern für die Freiheit und die Menschenrechte aller Deutschen. Beide Ziele gehören untrennbar zusammen.

Ein geeintes Deutschland, das schließlich nicht frei ist, wollen wir nicht. Aber auch unsere Nachbarn — im Westen und Osten — werden nur ein geeintes Deutschland akzeptieren, das ohne Wenn und Aber den Menschenrechten verpflichtet ist und das endgültig und auf alle Zeit an der Seite der freiheitlichen Demokratien steht.

Wir, die CDU Deutschlands, werden deshalb weiter für die europäische Einigung eintreten. Auch wenn wir im Alltag der EG immer wieder schwierige und umstrittene, oft lästige Kompromisse schließen müssen, wenn wir uns oft nur auf Lösungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können, verlieren wir unsere großen Ziele dennoch nicht aus den Augen:

- die Politische Union des freien Europa, wie wir sie in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen haben;
- die Verteidigungsunion, wie wir sie jetzt mit Frankreich einleiten wollen;
- die Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie vielfach beschworen, aber jetzt mit dem Ziel des gemeinsamen Binnenmarktes bis 1992 entscheidend vorangebracht werden soll.

Wir wollen diese Vision mit unseren Partnern in der Gemeinschaft verwirklichen. Aber es gilt auch, daß die deutsch-französische Freundschaft der Motor für die Entwicklung des freien Europa ist und bleibt. Alles, was wir gemeinsam tun, soll nicht nur den beiden Ländern dienen,

sondern dem Ganzen zugute kommen und in größere Gemeinschaften einfließen. Diese Politik dient der Stärke des freien Europa, der Stärke durch die Gemeinschaft. Damit wollen wir uns nicht etwa von der Atlantischen Gemeinschaft lösen und erst recht nicht irgend jemanden bedrohen.

Im Gegenteil: Die Einigung des freien Europa und die deutsch-französische Freundschaft als deren Kern dienen der Stabilität und damit dem Frieden in Europa und weltweit. Die Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Atlantischen Allianz verleiht der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit mehr Solidität, mehr partnerschaftliche Gleichberechtigung, mehr Gewicht. Ein solches Europa kann zukünftig ein überzeugender Partner Amerikas sein, fähiger zu einer vernünftigen weltweiten Arbeitsteilung und befähigt, internationale Verantwortung in größerem Umfang zu übernehmen.

Liebe Freunde, wenn wir heute am Vorabend — man darf sagen: historischer Entscheidungen in der Abrüstung stehen, so konnte dieses Ergebnis nur erreicht werden dank der Geschlossenheit und

„Die Lösung von Sachfragen ist wichtiger als die Vergabe von Posten“.

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

Solidarität des Atlantischen Bündnisses. Auch zukünftig gibt es für uns keine Alternative zu der engen Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Partnerschaft im Atlantischen Bündnis. Auch zukünftig gibt es keine Alternative zu amerikanischer Truppenpräsenz auf unserem Kontinent und zum nuklearen Schutz Europas durch die Vereinigten Staaten.

Ich stelle immer wieder mit großer Zufriedenheit fest, daß unsere Partner in Europa das genauso sehen. Darin gründet unsere Sicherheit, solange sich nicht weitreichende Veränderungen in Europa zugunsten einer gesamteuropäischen Friedensordnung ergeben. Wir sind entschlossen, auf diesem Fundament unsere Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern auf allen Ebenen konstruktiv zu gestalten und, wenn möglich, zu intensivieren. Dabei werden auch künftig die zweiseitigen Verträge wie die KSZE-Schlußakte von Helsinki zu den Instrumenten und Maßstäben unseres Handelns gehören.

Auch diese Politik orientiert sich an einem weitreichenden und hoffnungsvollen Ziel: an dem Ziel einer umfassenden Friedensordnung für ganz Europa. Diese Friedensordnung soll ein friedliches Zusammenleben für alle, in West und Ost, auf Dauer garantieren. Sie soll die Sicherheitsinteressen aller schützen. Das heißt: Sie darf nicht zu Lasten irgend-einer Seite gehen.

Für uns kommt ein unverzichtbarer Maßstab hinzu: Eine solche Friedensordnung in Europa muß allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

Wer die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow aufmerksam verfolgt, wer mit wachen Augen beobachtet, welche Schritte die Staaten in Ost- und Südosteuropa einleiten, der weiß, wie wichtig und folgenreich dieser Prozeß für ganz Europa werden kann. Wir müssen deshalb diesen Entwicklungen höchste Aufmerksamkeit widmen — und dort auch Sympathie zeigen, wo sie den Menschen zugute kommen.

Ein solcher Prozeß könnte am Ende mehr zum Frieden in Europa und weltweit beitragen als manche internationale Abmachung,

■ wenn er die kommunistischen Systeme nach innen und nach außen tatsächlich kompromißfähiger machen,

■ wenn er die Bereitschaft zur Öffnung nach außen und zur internationalen Zusammenarbeit erhöhen und

■ wenn er zu weniger Rüstung und zu mehr Sicherheit, zu mehr Vertrauensbildung und friedlicher Konfliktregelung führen würde.

Auch wir müssen erkennen, daß zwischen der Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow und einer konstruktiven

„Indiskretion ist Illoyalität gegenüber der gemeinsamen Sache“.

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

Verständigungspolitik zwischen Ost und West ein direkter Zusammenhang besteht; ein Zusammenhang, der beides erschweren, aber auch beides erleichtern kann. Liebe Freunde, wir werden uns auch dabei von Augenmaß und von Wirklichkeitssinn leiten lassen. Aber wir sind bereit, die internationale Politik durch unsere konstruktiven Beiträge zum Wohle unseres Volkes aktiv mitzugestalten.

Am zweiten Tag unseres nächsten Bundesparteitags werden wir uns mit einer so zentralen Frage unseres christlichen Menschenbildes befassen wie mit dem Schutz des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde. Hier geht es um unsere Identität als Christliche Demokraten.

Es ist vornehmste Aufgabe unserer Rechtsordnung, gerade die schwächsten Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu schützen und ihnen zu dienen; denn wahre Humanität erweist sich dort, wo der Mensch um seiner selbst willen geschützt wird und nicht um des bloßen Nutzens willen, den er für die Gesellschaft hat.

Hier geht es um einen möglichst wirksamen Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens. Es geht darum, genetische Manipulationen am Menschen zu verhindern und Fälle von sogenannter Leihmutterschaft auszuschließen. Es geht um ein so überaus sensibles, komplexes Thema wie die Frage der Sterbehilfe.

Am dritten Tag unseres Parteitags in Wiesbaden werden wir über das Thema „Die CDU als moderne Volkspartei“ diskutieren.

Wir sind eben nicht einer Ideologie, sondern den Menschen verpflichtet. Es ist vornehmste Aufgabe der Union, das Gespräch mit unseren Mitbürgern zu führen und nicht über ihre Köpfe hinweg zu diskutieren.

Deshalb müssen und wollen wir unsere Arbeit „vor Ort“ noch verstärken. Denn für Mitverantwortung, Solidarität und Bürgersinn können wir nur dann glaubwürdig werben, wenn wir selbst immer wieder Beispiele geben.

Das heißt auch, daß wir unser Engagement etwa in den Kirchen, in den Gewerkschaften, in vielerlei Verbänden und Vereinen, in allen organisierten Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens verstärken. Die Kirchen bieten uns geistige Heimat, und der enge, der freundschaftliche Kontakt zu ihnen ist für uns ganz selbstverständlich.

Liebe Freunde, wir sind zuerst für die Allgemeinheit da, nicht für die Vertretung von Gruppeninteressen. Das ist auch wichtig für das Selbstverständnis innerhalb der Partei: Wir sind eben zuerst Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und dann erst Mitglieder einer Vereinigung, so wichtig diese auch sein mag.

Wir wollen den Menschen eine politische Heimat bieten; denn für unser Ziel einer menschengerechten Lebensumwelt können wir nur dann glaubwürdig werben,

wenn wir dazu beitragen, den Menschen Orientierung, Halt und auch Geborgenheit zu vermitteln. Und das schaffen wir nur — ich sage es noch einmal — durch unser Beispiel.

Liebe Freunde, wir Christlichen Demokraten bringen alle Voraussetzungen mit, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Es gilt, diese Chance auch zu nutzen — zum Wohl der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, zum Wohl der Deutschen. Wo erforderlich, gehen wir — wie bisher — nicht den Weg des geringsten Widerstandes: weder bei parteiinternen Diskussionen noch da, wo wir in Regierungsverantwortung stehen. Die innere Kraft, die wir benötigen, schöpfen wir aus unseren gemeinsamen Grundüberzeugungen — sie sind unser kostbarstes Kapital.

Wir nutzen unsere Chance, wenn wir unsere Vorstellungen von Mitmenschlichkeit zunächst an uns selbst deutlich machen — und nicht an die Adresse anderer richten. Wir nutzen unsere Chancen, wenn wir uns bemühen, Vorbild zu sein.

Ich weiß aus über 40jähriger Mitgliedschaft: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist oft auch eine schwierige Partei. Aber sie ist eine wirkli-

„Fairneß heißt: Keiner darf ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht sein, keiner darf dem anderen zumuten, was er selbst als unzumutbar empfindet. Eine darauf gegründete Partnerschaft ist natürlich noch keine Erfolgsgarantie, aber ohne sie kann die Regierungsarbeit — vor allem im Rahmen einer Koalition — auf die Dauer nicht gutgehen.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

che Gemeinschaft und für viele von uns Heimat. Wir dürfen stolz darauf sein, einer Partei anzugehören, die wie keine andere in unserem Land die Idee des Neubeginns repräsentiert: die Überwindung veralteter Denkmuster des 19. Jahrhunderts, die Überwindung konfessioneller Schranken vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die evangelische und katholische Christen in den Kerkern und Konzentrationslagern des Naziregimes machen mußten.

Im Juni 1945 hieß es in den Kölner Leitsätzen der Christlichen Demokraten Deutschlands:

Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Liebe Freunde, lassen wir uns immer wieder von diesen großartigen Ideen, von dieser Vision des Neubeginns ermutigen. In diesem Geist, und mit Solidarität und auch mit der notwendigen harten Arbeit, werden wir die Zukunft gewinnen.

Ich bin jetzt seit 14 Jahren Vorsitzender der CDU Deutschlands, und ich bin es gern. Für mich ist unsere Partei auch ein Stück persönlicher Heimat. Im Politischen gilt das genauso wie im Menschlichen. Ich bin dankbar für viel Unterstützung, für Freundschaft und Kameradschaft in diesem Jahrzehnt. Ich habe es stets als eine große Herausforderung empfunden, in der Kontinuität von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und anderen Politik für unser Vaterland gestalten zu dürfen. Dies will ich auch künftig tun. Deshalb kandidiere ich erneut als Bundesvorsitzender der CDU und bitte Sie, liebe Freunde, um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall — Die Anwesenden erheben sich)

Norbert Blüm, Tagungspräsidium: *Herr Bundeskanzler, Herr Vorsitzender! Die Delegierten des Parteitages danken Ihnen für Ihre Rede, und sie danken Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie für die Partei leisten.*

Sie haben in Ihrer Rede daran erinnert, daß Parteien kein Selbstzweck sind, sondern Dienstcharakter haben, daß wir Politik nicht für uns, sondern für andere betreiben. Das ist die notwendige Rückkopplung auch an unseren christlichen Auftrag.

Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen auch dafür, daß Sie die Defizite nicht ausgeklammert haben, daß Sie heiße Eisen angefaßt haben, ohne dem Fehler zu verfallen, nur unsere Enttäuschungen zu hätscheln. Ebenso notwendig ist es, unsere Erfolge als christliche Demokraten zu pflegen.

Herr Bundeskanzler, große Parteien stehen unter stärkeren Integrationsnotwendigkeiten. Große Parteien brauchen Integrationszentren. Die Partei, die Christlich Demokratische Union, hat Sie immer als ein personifiziertes Integrationszentrum verstanden. Für diese wichtige, geduldige Arbeit möchten wir Ihnen heute auf dem Parteitag unseren Dank sagen.

Ich weiß, daß diese Integrationsarbeit geduldig und ohne spektakuläre Aufmerksamkeit vollzogen werden muß. Aber der Charakter unserer Partei entspricht damit auch dem Bedürfnis unserer Zeit. Das Bedürfnis unserer Zeit ist: mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Arbeitnehmer und Unternehmer, Stadt und Land, Alt und Jung — keine andere Partei als die Unionsparteien kann diese Integrationsaufgabe leisten. Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler, für Ihre Arbeit.

Heiner Geißler:

Vertrauen wiedergewinnen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute hier in der Beethovenhalle als eine politische Gemeinschaft, um unseren Parteitag durchzuführen. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Augen der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland mehr als bisher und mehr als bei anderen Parteitagen heute auf uns gerichtet sind. Die Bürgerinnen und Bürger warten darauf, welche Antworten wir auf die Fragen geben, die uns und auch unsere Bevölkerung in diesen Tagen tief bewegen.

Ich habe einen Brief vom 28. September 1987 von einem Parteimitglied aus Badendorf in Schleswig-Holstein bekommen. Das Parteimitglied schreibt:

Die Kieler Verhältnisse rauben mir den Glauben. Politik mit schmutzigen Geschäften kann und darf nicht die Linie der CDU sein oder werden. Als Christ und Demokrat hoffe ich auf lückenlose Aufklärung dieser Affäre.

Am 13. Oktober habe ich einen anderen Brief bekommen, von einem Parteimitglied aus Reinbek. Dieses Parteimitglied schreibt:

Wenn Uwe Barschel eines natürlichen Herztodes gestorben sein sollte, so hat ihm nach meinem Empfinden die eigene Partei das Herz gebrochen.

Das ist der Zwiespalt, in dem sich viele in der Partei und in der Bevölkerung befinden. Ausgerechnet Henri Nannen schrieb ausgerechnet im „Stern“ einen Leitartikel mit der Überschrift „Gefallen und fallen gelassen“.

Hier wird eine Legende gegen die CDU aufgebaut. Diese Legende ist gefährlich. Sie widerspricht der Wahrheit, und der politische Gegner kann diese Unwahrheit in den kommenden politischen Auseinandersetzungen jederzeit abrufen und gegen uns verwenden, wenn wir uns nicht rechtzeitig dagegen wehren. Jetzt müssen wir es tun.

Ich bin Zeuge für das, was der Bundeskanzler, was Gerhard Stoltenberg, das Parteipräsidium, der Landesvorstand, also was die Führung der CDU im Bund und im Land seit dem 13. September gesagt und getan haben, um Uwe Barschel gegen alle Angriffe zu verteidigen. Wir haben ihn nicht im Stich gelassen.

Es stellt sich die Frage, ob nach dem Rücktritt von Uwe Barschel und nach dem ersten Tag des Untersuchungsausschusses die Landtagsfraktion — so sehr es aus ihrer damaligen Sicht auch begründet schien — richtig entschieden hat, Uwe Barschel die Niederlegung des Landtagsmandates nahelegen. Der Landesparteitag der CDU hat sich am letzten Wochenende diese Frage auch gestellt.

Aber etwas ist ganz klar. Diese Entscheidung der Fraktion konnte keine Frage von Leben oder Tod sein. Es gibt nach meiner festen und sicheren Überzeugung keinen Zusammenhang zwischen der Entscheidung der Landtagsfraktion am Freitag und dem, was am Samstag und am Sonntag in Genf zu unserem Entsetzen und zu unserer Erschütterung geschehen ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß jetzt im Stil einer politischen Dolchstoßlegende die Wahrheit verfälscht und der CDU die Verantwortung für den Tod zugeschoben wird.

Wir müssen uns aber darüber im klaren sein: Wir haben eine Bewußtseins- und Vertrauenskrise. Es gibt daraus keine bequeme Ausflucht. Aber es gibt eine Hoffnung, nämlich die Wahrheit.

Emile Zola, der französische Dichter, Schriftsteller und Journalist, hat im Zusammenhang mit einem anderen, nicht vergleichbaren historischen Ereignis einen Satz als Drohung, als Hoffnung, als Chance der Befreiung aus einer politisch und moralisch verworrenen Situation in die Öffentlichkeit geschleudert:

La verite est en marche. — Die Wahrheit ist auf dem Vormarsch.

Wir unterstützen unsere Freunde in Schleswig-Holstein in ihrem Ziel, mit dem Untersuchungsausschuß die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Weil die parlamentarische und rechtsstaatliche Demokratie diesen Weg der Wahrheit möglich macht, haben wir auch keine Glaubwürdigkeitskrise unseres Rechtsstaates und der Demokratie. Aber — ich spreche es aus, weil auch hier die Wahrheit frei machen muß —, wir haben eine Krise des Vertrauens gegenüber der Christlich Demokratischen Union.

Was immer dieser unsägliche Pfeiffer getan hat, richtig ist: Es geschah zwar nicht in der CDU, aber es geschah in der Regierungszentrale eines CDU-Ministerpräsidenten. Das bedrückt uns schwer. Deshalb war es gut, daß Henning Schwarz vorgestern auch gegenüber dem Oppositionsführer Engholm das Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß er in einem Ausmaß herabgesetzt und gedemütigt worden ist, wie es nicht dem humanistischen Leitideal der Demokratie und der Christlich Demokratischen Union entspricht.

(großer Beifall)

Diese uns alle aufwühlenden Ereignisse der letzten Wochen werden der Untersuchungsausschuß und die Gerichte aufklä-

ren müssen. Aber können wir als christliche Demokraten damit zur Tagesordnung übergehen? Ich meine: nicht.

Gerade in einer Zeit des Umbruchs, die für viele einen Schwund an Zukunftsgeißheit mit sich bringt, mit Ängsten verbunden, ist eine politische Vertrauenskrise besonders bedrohlich für unser Land, weil sich die Zukunftsfähigkeit dieser Industriegesellschaft auf Vertrauen und Zuversicht der lebenden Menschen gründen muß. Nur wer das Vertrauen der Menschen hat, kann in eine gute Zukunft führen. Daß nach einer seriösen Meinungsumfrage 80 % der Deutschen inzwischen sagen: Wir können keinen Glauben an die Politiker mehr haben, ist für mich — ich sage es ganz offen — fast nicht mehr erträglich.

Deswegen: Selbstprüfung, Selbstbesinnung in die wir uns alle einbeziehen müssen, tun not. Ich meine — wie es Werner Remmers vor wenigen Tagen ausgedrückt hat —, „wir müssen schon schmerzhaft Arbeit leisten“.

Das heißt, jeder, der politische Verantwortung trägt — Helmut Kohl hat es gerade schon gesagt — hat auch besondere Pflichten. Das heißt, wer im Auftrag des Volkes ein politisches Amt ausübt, muß sich an strengeren Maßstäben messen lassen als andere Bürger.

Das entspricht den ethischen Maximen, wie sie von Aristoteles über Thomas Morus bis Immanuel Kant immer wieder für diejenigen formuliert und postuliert worden sind, die Herrschaft ausüben. Plato hat an die Adresse des Staatsmannes gesagt: „Du bist um des Ganzen willen da und nicht das Ganze um deinetwillen.“

Niemand kann in Führungspositionen verantwortlich handeln, wenn er nicht für die Zeit seines Mandats Solidarität von seiner eigenen Partei erfährt. Aber eine Partei leidet und trägt schwer, wenn die-

jenigen, die führen, nicht gegenüber denjenigen, auf deren Schultern sie stehen, solidarisch sind.

Kant sagt: „Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben.“ — Wer Macht hat, darf es sich in ihr nicht bequem machen. Er muß sein Bestes geben in der Sache, das heißt in den politischen Inhalten, in der Bereitschaft, sich beraten zu lassen, in seiner öffentlichen Darstellung, in der Sprache, in der Auswahl der Mitarbeiter, und er muß sich bemühen, persönlich, charakterlich und politisch Vorbild zu sein, vor allem für junge Menschen.

Gustav Radbruch sagt: „Verdirbt Politik den Charakter? Nein: Politik erprobt den Charakter.“ Die Probe aufs Exempel ist, ob wir als Demokraten fähig sind, angesichts eines drohenden Machtverlustes z. B. der Versuchung zu widerstehen, unlautere Mittel anzuwenden. Wenn Demokraten in der Zukunft dazu in der Lage sind, dann wird es in der Zukunft z. B. auch keine Wienand/Steiner-Affäre mehr, keine SPD-Verratskampagne wegen eines verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierungswechsels, aber wahrscheinlich auch keine Pfeiffer-Affäre mehr geben.

Nikolai Hartmann schreibt in seinem Buch über die „Ethik“ „...daß die Macht den Menschen wie ein Schwindel ergreife und unverhohlen die Tendenz zeige, ihn moralisch zu vernichten“. Es liegt aber doch an uns zu beweisen, daß er nicht recht hat, daß ein anderer Philosoph recht hat mit seiner Feststellung: „In Wahrheit kann die Macht Gutes bewirken wie Böses, aufbauen wie zerstören. Zu was sie tatsächlich wird, hängt davon ab, wie die Gesinnung ist, die sie regiert, und der Zweck, zu dem sie gebraucht wird.“ — Dies schreibt in seinem Buch „Das Ende der Neuzeit“ Romano Guardini, nach dem ein bedeutender Preis der Katholischen Akademie in Bayern

benannt ist, den am letzten Freitag einer verliehen bekommen hat, der aus unseren Reihen kommt, nämlich Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Ihm gratulieren wir zu diesem Preis.

In der deutschen Publizistik, in politischen Akademien und in vielen Gesprächen ist im Zusammenhang mit dem, was ich gerade dargestellt habe, was wir erlebt haben, als Konsequenz daraus die Forderung erhoben worden, Feindbilder abzubauen und die Politik von Freund-Feind-Schemata zu befreien.

Es ist richtig: Politik darf nicht als Denken und Handeln im Freund-Feind-Schema definiert werden. Aber wenn wir weiter Politik für die Zukunft unseres

„Jeder, der politische Verantwortung trägt, hat auch besondere Pflichten. Wer im Auftrag des Volkes ein politisches Amt ausübt, muß sich an strenge Maßstäbe messen lassen als andere Bürger.“

(Generalsekretär Heiner Geißler auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

Landes machen wollen, dann brauchen wir auch hier Klarheit. Genauso falsch wäre es, den Wettstreit der Meinungen in klarer und deutlicher Sprache zu verteuflern. Das ist ein bißchen ein deutsches Problem. Wir tun uns in Deutschland schwer, den Streit und die scharfe Kritik als selbstverständliche Bestandteile der politischen Kultur eines demokratischen Landes anzuerkennen. Das böse Wort vom Parteiengezänk ist schnell bei der Hand. Politik ist jedoch kein Gesangverein Harmonie — dafür ist die Politik zu ernst —, sondern eine Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Alles andere wäre Ausdruck eines politischen Biedermeiers, eines Harmoniebedürfnisses, das seinen Ursprung noch im deutschen

Obrigkeitsstaat hat. In der Demokratie entsteht Integration nicht durch Unterdrückung von Gegensätzen, sondern durch das Austragen von Konflikten. Wo Konflikte gelegnet oder unterdrückt werden, gibt es keine Freiheit; da herrschen Bürgerkrieg und Repression.

Aber eine Unterscheidung ist wichtig: Der Streit zur Sache, zur Meinung ist politische Kultur; politische Unkultur ist die Diffamierung der Person.

War es richtig, daß Willy Brandt in den 60er Jahren aus unseren Reihen vorgeworfen wurde, er sei ein uneheliches Kind, und daß Herbert Wehner als verkappter Kommunist verdächtigt wurde? Sicherlich nicht. Und ich sage dies zu deren Lebzeiten.

Aber auch von den Sozialdemokraten — vor allem von Johannes Rau — ist das Eingeständnis überfällig, daß sie im Landtagswahlkampf 1980 in Nordrhein-Westfalen die Union und ihre Führung als friedensunfähig diffamiert und daß sie im Bundestagswahlkampf 1980 eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Person von Franz Josef Strauß inszeniert haben. Von den persönlichen Angriffen auf Helmut Kohl und auf mich will ich gar nicht reden.

Wir haben deswegen nicht nur die Pflicht, sondern wir haben auch das Recht, unsere eigene Partei zu schützen. Dies gilt in diesen Tagen vor allem für unsere schleswig-holsteinischen Freunde. Gerhard Stoltenberg, der Landesvorstand der CDU, der Fraktionsvorsitzende Klaus Kribben und die gesamte Fraktion, die Mitglieder des Kabinetts — sie alle haben von den Machenschaften des Herrn Pfeiffer nichts gewußt.

Aber am 26. Oktober 1987 hat der Parlamentarisch-Politische Pressedienst der SPD geschrieben:

„Von der erprobten Technik Stoltenbergs, den politischen Gegner wider besseres Wis-

sen öffentlich zu denunzieren, führt ein gerader Weg in die Fälscherwerkstatt des Rainer Pfeiffer.“

Wenn einer so etwas schreibt, dann macht er Pfeiffer alle Ehre.

Dies alles läßt der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, in seinem Verantwortungsbereich geschehen. Welch ein Unterschied zum SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid im Deutschen Reichstag, der damals zu einer Kampagne der Rechten gegen das Zentrum gesagt hat:

„Die politische, ja man kann sagen, die parteipolitische Ausbeutung solcher Fälle liegt auf der Hand. Es sollte und soll der Beweis erbracht werden, daß eine Partei, die auf dem Boden der Demokratie steht, das Land moralisch ins Verderben führt.“

Darum geht es: um die Ausbeutung zu Lasten des politischen Gegners.

Was Breitscheid damals getan hat, das war und ist politische Kultur. Und so widerwärtig und so verwerflich die Machenschaften des Herrn Pfeiffer gegen Björn Engholm waren, so verwerflich und widerwärtig nenne ich den Versuch der Sozialdemokraten, das hohe Ansehen und die persönliche Integrität von Gerhard Stoltenberg in dieser Weise in den Schmutz zu ziehen.

Holger Börner sagte am Montag, dem 19. Oktober 1987, im Parteirat der SPD — ich zitiere —:

Leute, — rief er — Ihr tut so, als ob das in Schleswig-Holstein eine einmalige Entgleisung der CDU gewesen ist. Ich sage Euch, so sind die Schwarzen, nicht alle, aber viele.

Man muß sich einmal klarmachen, wen ausgerechnet Holger Börner damit eigentlich meint. Er meint die Partei Konrad Adenauers, die Partei Ludwig Erhards, die Partei des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes, die Partei der deutsch-französischen Aussöhnung, der deutsch-jüdi-

schen Wiedergutmachung, der Atlantischen Gemeinschaft, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die die beste Sozial- und Gesellschaftsordnung aller Industriestaaten der Welt geschaffen hat, die Partei, aus deren Reihen sieben Ministerpräsidenten, der Bundeskanzler und der Bundespräsident kommen. Er meint die Partei, die die Bundesrepublik Deutschland, im übrigen auch Hessen, aus der schwersten, von der SPD verschuldeten Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform herausgeführt und schon deshalb im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei auch das Zeug dazu hat — und nicht die anderen —, unser Volk in das Jahr 2000 zu führen.

Heute morgen habe ich in einem Interview von einem Journalisten wieder die Frage gehört, wo denn eigentlich die geistig-moralische Wende geblieben sei. Wenn wir innehalten und nachdenken, müssen wir darauf auch eine Antwort geben: Wir haben unser Land unter Führung des Bundeskanzlers aus dieser Wirtschaftskrise z. B. durch die Tugend der Sparsamkeit wieder herausgeführt. Wir haben die Voraussetzungen für eine weltweite Abrüstung geschaffen, wir haben das Bewußtsein von der Einheit der Nation wieder gefestigt und für die Deutschen im anderen Teil Deutschlands neue Chancen geschaffen. Wir haben das ungeborene Kind besser geschützt als früher — wenn auch für viele noch nicht zureichend. Wir haben die Familie als die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft wieder gestärkt und haben eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau entwickelt. Wir haben unser System der sozialen Sicherung für Alte, Kranke und Behinderte wieder finanzierbar gemacht. Dafür also, diese Partei auf diese Weise anzugreifen, wie ich es gerade geschildert habe, fehlt der SPD jede moralische und sachliche Kompetenz.

Es liegt seit dem Mainzer Parteitag ein bewegtes Jahr hinter uns. Ich denke an die Bundestagswahl, die uns Verluste, aber gleichzeitig die Erhaltung der Regierungsverantwortung gebracht hat, an den Sieg in Hessen, an die Landtagswahlen in Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz — mit Verlusten, aber ohne Veränderungen der jeweiligen Regierungsverantwortung von CDU bzw. SPD — und an die Steuerreform, zu deren vorläufigem Abschluß ich Gerhard Stoltenberg und Helmut Kohl ausdrücklich gratulieren möchte.

Aber ich habe eine Bitte, da wir uns einer Millionenkampagne der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften gegen diese größte Steuersenkung seit Kriegsende gegenübersehen. Ich habe die Bitte an die Regierung, daß die Mittel der Information der Regierung nun darauf konzentriert werden — und notfalls ergänzt und erhöht werden —, die Menschen über diese Reform richtig zu informieren.

Das gilt vor allem im Hinblick auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diese Steuerreform muß offensiv, positiv und gekonnt verkauft werden.

Meine lieben Parteifreunde, es ist vom Sommertheater geredet worden. Was war

„In der Demokratie entsteht Integration nicht durch Unterdrückung von Gegensätzen, sondern durch das Austragen von Konflikten. Wo Konflikte geleugnet oder unterdrückt werden, gibt es keine Freiheit, da herrschen Bürgerkrieg und Repression. Eine Unterscheidung ist aber wichtig. Der Streit zur Sache ist politische Kultur, politische Unkultur ist die Diffamierung der Person“.

(Generalsekretär Heiner Geißler auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

denn? Es gab eine Wahlanalyse, und Norbert Blüm ist im Auftrag des Parteivorsitzenden nach Chile gefahren. Nun kann man zu dem einen unterschiedliche Meinungen vertreten und das andere unterschiedlich bewerten, aber etwas muß klar sein:

Eine Diskussion darüber kann man auch verschieben. Und etwas muß für die Zukunft undingbar gelten: Eine Partei, die Wahlkampf führt, darf von der Schwesterpartei in dieser Zeit nicht angegriffen werden!

Wir haben eine Wahlanalyse gemacht, die der Bundesvorstand auf einer Klau-surtagung ausführlich diskutiert und zustimmend bewertet hat. Zur Diskussion darüber sage ich, daß ich natürlich weiß: Der Staatsmann denkt an die nächste Generation. Aber lassen Sie den Generalsekretär der CDU doch auch einmal an die Wählerinnen und an die Wähler denken. Das müssen wir schon tun.

Ich will die Wahlverluste nicht bagatellisieren, aber wir dürfen jetzt auch nicht kopfscheu werden. Ich habe in dem ausgedruckten Manuskript einmal dargestellt, was sich z. B. in der Legislaturperiode von 1953 bis 1957 — dem Jahr mit dem großartigen Bundestagswahlergebnis — während der Landtagswahlen zugetragen hat. Da hatte die CDU unter Konrad Adenauer im Durchschnitt bei allen Landtagswahlen einen Verlust von 9 %. Es war von 1957 bis 1961 nicht anders, und in den 70er Jahren haben die Sozialdemokraten genau dasselbe erlebt.

Bei Landtagswahlen bleibt offenbar ein Teil der Anhänger der jeweiligen Regierungsparteien in Bonn zu Hause. Das muß nicht immer so sein. Damit darf man sich — das sage ich ausdrücklich — nicht abfinden. Aber es gehört zum Handwerkzeug eines Politikers, dies zu wissen, um keine falschen Schlüsse daraus zu ziehen.

Etwas hat sich allerdings gegenüber früher verändert: Die Zahl der Stammwähler ist zurückgegangen, die der Wechselwähler hat zugenommen. Darin liegt ein Risiko, aber auch eine Chance, denn auch die Zahl der Stammwähler der SPD ist zurückgegangen.

Wir dürfen doch an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen. Es fehlt jetzt die Zeit, ausführlich darüber zu debattieren, warum das so ist, warum es etwa weniger kirchlich gebundene Wähler gibt. Das hat möglicherweise oder sicher etwas mit dem Verlust der Mitte, mit dem Verlust des Glaubens zu tun. Wir haben jetzt nicht die Zeit, aber wir müssen darüber debattieren, und wir müssen versuchen, mit den vorletzten Wahrheiten, die wir verkünden können — das haben wir heute morgen gehört —, darauf auf der Basis des christlichen Menschenbildes eine Antwort zu geben. Wie gesagt, das kann ich mit Ihnen jetzt nicht erörtern, aber wir dürfen eben nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß neue Wählergruppen entstanden sind, die keine oder weniger starke traditionelle Bindungen aufweisen, z. B. die weder kirchlich noch gewerkschaftlich traditionell gebundenen neuen Mittelschichten in den Dienstleistungszentren, die nach Ansicht aller Wahlforscher bei der Landtagswahl in Hessen den Ausschlag zugunsten der CDU gegeben haben. Damit jetzt nicht das Argument „den Wählern nachlaufen“ kommt, sage ich: Sie sind von der CDU in Hessen und auch im Bund durch eine fortschrittliche Umwelt- und Energiepolitik, also durch eine zukunftsorientierte Konzeption, gewonnen worden, und so ist Walter Wallmann zum Wahlsieger des Jahres geworden, zum Wahlsieger des Jahres!

In den Zeitungen ist in den letzten Tagen über eine Austrittswelle spekuliert worden. Dazu will ich für die Christlich-Demokra-

tische Union auch etwas sagen: Richtig ist, daß es in Schleswig-Holstein mehr Ausritte als üblich gegeben hat, aber es hält sich in Grenzen. Doch in das Bild dieser Tage gehört auch, daß die hessische CDU in den letzten Wochen durch eine Werbekampagne über 1 000 Mitglieder dazugewonnen hat. Bitte, machen Sie das nach!

Es ist nämlich möglich!

Die Bauern und die Mittelständler zurückzugewinnen, das ist eine richtige Strategie. Ich verwende dieses Wort. Aber man muß die Frage stellen: Ist deswegen das Bemühen, mehr Jugendliche, Frauen und Angehörige der neuen Mittelschicht für uns zu gewinnen, etwa eine falsche Strategie? Wenn einer diese Meinung vertreten würde, wäre das ungefähr so richtig wie das Motto: lieber mehr essen als zuwenig trinken. Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wir müssen beides tun.

Im übrigen zur Strategie, zu einem Wort, das man nicht mehr so in den Mund nehmen soll: Es wird immer wieder gesagt, eine Strategie hat man, aber man redet nicht darüber. Aber nicht jeder, der nicht redet, hat auch eine Strategie.

Doch im Ernst: Wie soll eine große Volkspartei eigentlich ein politisches Konzept umsetzen, wenn die über 700 000 Mitglieder und Zehntausende von Funktions- und Mandatsträgern — abgesehen einmal von den 42 Millionen Wählerinnen und Wählern — dieses Konzept gar nicht kennen und darüber auch nicht diskutieren können? Wir sind eine offene Partei, wir müssen an der Willensbildung des Volkes mitwirken; das ist ein staatspolitischer Auftrag, und das kann man nicht im Geheimen tun.

Manche haben sich auch diebisch gefreut, den Bundesvorstand der CDU und den Generalsekretär bei dem konspirativen Versuch erwischt zu haben, neue Wähler zu gewinnen.

Mit „Linksruck“ hat das alles gar nichts zu tun oder genauso wenig wie die völlig richtige Erkenntnis von Franz Josef Strauß, daß ihm — ich zitiere wörtlich — „der königlich-bayerische Sozialdemokrat, der gestandene Arbeiter, der seine politische Heimat in der SPD verloren hat, innerlich viel näher steht als mancher blasierte Anhänger der Schickleria in den Nobelquartieren der Städte“. Also!

Und so halten wir es mit dem Kumpel an der Ruhr und mit dem Kumpel an der Saar. Deswegen: Hören wir wirklich auf, von links und rechts zu reden! Die Sozialdemokraten — der Herr Jansen, der SPD-Landesvorsitzende, haben uns in Schleswig-Holstein einen Rechtsruck vorgeworfen. Die CDU hat keinen Rechtsruck, aber Teile der Sozialdemokraten vor allem in Schleswig-Holstein sind schon so weit links, für die ist einer schon rechtsradikal, wenn er morgens pünktlich zur Arbeit kommt. Natürlich, ich wiederhole es, es gibt vielleicht auch welche auf der rechten Seite, für die ist schon links, wer eine berufstätige Frau hat. Rechts und links, das ist eine ideologische Angelegenheit, eine politische Gesäßgeographie des letzten Jahrhunderts. Wir halten es mit Goethe und im übrigen — Sie erinnern sich — mit Kurt Georg Kiesinger: Propheten rechts, Propheten links, wir sind das Weltkind in der Mitte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie soll im übrigen Norbert Blüm von jetzt 36 % bei der letzten Landtagswahl auf, sagen wir einmal, 46 % 1990 kommen, um dann zusammen mit den Freien Demokraten die jetzige, unfähige Regierung in Nordrhein-Westfalen abzulösen, wenn es ihm und der nordrhein-westfälischen CDU nicht gelingt, neben der Mobilisierung der Stammwähler neue Wählerinnen und Wähler, die bisher andere Parteien gewählt haben, zu gewinnen? Wie soll es denn gehen?

Das heißt doch nicht, den Wählern nachzulaufen, sondern die Wähler davon zu überzeugen, daß die CDU für die Mehrheit unseres Volkes die richtige Zukunftspartei ist.

Auch dies gehört im übrigen zum Bericht des Generalsekretärs: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang gemacht. Es gibt in jeder Partei,

„Die da von Rechtsruck reden, sind in Wirklichkeit schon so links, daß für sie schon einer rechtsradikal ist, der morgens pünktlich zur Arbeit kommt. Und die da von Linksruck reden, stehen offenbar so weit rechts, daß sie einen schon für linksradikal halten, wenn er eine berufstätige Frau hat. Rechts und links: Das ist eine ideologische Angelegenheit, eine politische Geßbügeographie des letzten Jahrhunderts. Wir halten es mit Goethe: Propheten rechts — Propheten links, wir sind das Weltkind in der Mitte.“

(Generalsekretär Heiner Geißler auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

in jeder Gemeinschaft einmal eine Situation, wo man einen Strich machen muß ohne Hin und Her und ohne Schuldzuweisungen für die Vergangenheit, und einen neuen Anfang machen muß. Nach den leidvollen Erfahrungen unserer Partei in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen ist dieser neue Anfang eine große und einmalige Chance vor den Landtagswahlen. Norbert Blüm und die neue Mannschaft in Düsseldorf sind Hoffnungsträger für unsere Partei geworden und Angstgegner für die Sozialdemokraten.

Natürlich sind die Wahlauseinandersetzungen der kommenden Zeit auch Richtungsentscheidungen, genauso wie es die bisherigen waren. Es hat Diskussionen

über die sogenannten Lager gegeben. Mir geht es nicht um die Begriffe. Machen wir bitte einen Fehler nicht: Bis auf den heutigen Tag — und das läßt sich an den Inhalten beweisen — haben Mehrheiten in der SPD und die GRÜNEN inhaltlich ähnliche oder gleiche Ziele von der Energiepolitik bis zur Außenpolitik und der Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland. Sie gehören in ein Lager. Wem der Begriff Lager nicht paßt, dem sage ich: GRÜNE und Sozialdemokraten gehören in einen Sack. Dann ist es nicht die Lagertheorie, sondern die Sacktheorie.

Oder sie gehören in einen Topf, dann ist es die Topftheorie. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie gehören zusammen, wir dürfen sie aus dieser inhaltlichen Identität nicht entlassen, es sei denn, sie befreien sich durch eine andere Politik selbst daraus, was ich nicht erkennen kann.

Die Freien Demokraten sind unser Koalitionspartner, mit dem wir nicht in allen Fragen übereinstimmen können, mit dem wir aber über diese Legislaturperiode hinaus zusammen regieren wollen.

Das heißt, die Freien Demokraten werden in einer Koalition auf der Bundesebene mit uns im Bund und in den Ländern, sagen wir, zwischen 5 und 7 % bekommen können, aber 9 %, das ist viel zu viel. Deshalb kämpfen wir in Baden-Württemberg mit Lothar Späth für die Mehrheit. Die gute Politik von Lothar Späth und der CDU in Baden-Württemberg kann durch die FDP nicht verbessert, sondern nur verwässert werden.

Am 12. Juni 1973 — es ist hier schon mehrfach gesagt worden — fand in diesem Saal der 21. Bundesparteitag der CDU statt. Helmut Kohl wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Es begann ein Prozeß der politischen und geistigen Erneuerung in der Opposition und als

Folge dieser Entwicklung die Übernahme der Regierungsverantwortung. Wir haben allen Grund, heute dafür dem Bundeskanzler zu danken, zu danken aber auch allen Mitgliedern des Präsidiums, des Bundesvorstandes, unseren Ministerpräsidenten und ganz besonders den Zehntausenden von Mitgliedern, die sich für unsere gemeinsame Sache eingesetzt und gearbeitet haben. Helmut Kohl hat vor 14 Jahren hier in der Beethovenhalle gesagt, es komme darauf an, „die Veränderungen der Gesellschaft zu bedenken. Wir müssen weit hinaushören in diesen Staat und unsere Gesellschaft, daß wir die Veränderungen zur Kenntnis nehmen und durch unsere Politik eine verbindliche Antwort darauf bieten.“ Wahr ist, was er gesagt hat, „daß in unseren Grundsätzen Dynamik steckt und daß wir diese Dynamik fortentwickeln müssen, und zwar mutiger und entschlossener“.

Wir sind in den 70er Jahren doch nicht die Regierungspartei der 80er Jahre geworden, weil wir in die 50er Jahre zurückgeblieben sind, sondern weil wir in die 90er Jahre durch unsere großen Parteitage vorausgeschaut haben. Und wahr ist auch, in den 60er Jahren haben wir, um das Gegenbeispiel zu bringen, die Regierungsverantwortung verloren, weil wir den Anschluß an die Themen der Zukunft verpaßt haben, die die Menschen damals bewegten. Was haben wir in Leitartikeln, auf Akademietagungen und in kritischen Essays nicht alles gelesen: Wir praktizierten jetzt einen neuen Populismus, wir würden uns modernen Trends beugen und dem Zeitgeist huldigen. Bei manchem Artikel habe ich mich gefragt: Steckt dahinter wirklich immer ein kluger Kopf? Was heißt denn Zeitgeist? Daß Frauen heute Beruf und Familie miteinander verbinden, daß sie in der Politik mitbestimmen wollen, daß die Welt statt mehr Waffen mehr internatio-

nale Solidarität braucht, daß die Steuerreform nicht nur leistungsgerecht, sondern auch sozial gerecht wird? Wenn auf Grund der repräsentativen Wahlstatistik feststeht, daß bei den unter 45jährigen die Sozialdemokraten und die GRÜNEN inzwischen die absolute Mehrheit haben, dann mag dies zwar den distanzierenden Leitartikler kalt lassen, aber für uns ist dies eine Zukunftsfrage und eine alarmierende Feststellung, die Konsequenzen verlangt, es sei denn, man ist der Auffassung, was ich auch schon gehört habe, daran seien die Wählerinnen und Wähler selbst schuld. Könnte es auch so sein, daß es an uns liegt? Es könnte auch sein, daß es an uns liegt.

Ich stelle z. B. die Frage: Haben wir genügend Frauen in Ämtern und Mandaten? Wir haben großartige Frauen in den Regierungen bei uns. Ich nenne Dorothee Wilms, Hanna-Renate Laurien, ich nenne Rita Süßmuth. Ich finde, daß Rita Süßmuth von allen Politikern der Bundesrepublik Deutschland aller Parteien nach einer neuesten Emnid-Umfrage bei jungen Menschen die größte Zustimmung findet, ist eine großartige Sache.

Wir können uns nicht mit dem jetzigen Anteil von Frauen in Kreistagen, Landtagen und im Bundestag zufrieden geben. Deswegen haben der Vorstand der Frauenvereinigung und der Bundesvorstand der CDU in einer gemeinsamen Sitzung die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die ein Frauenförderungsprogramm entwickeln soll, wie auch innerhalb der CDU die Essener Leitsätze bis Anfang der 90er Jahre verwirklicht werden können. Ein Grund für die Benachteiligung der Frauen in der Politik ist auch die Tatsache, daß das große Engagement von Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft nicht die notwendige Anerkennung erfährt. Ich sage das einmal an die Adresse der Staats-

kanzleien, der Präsidialkanzleien, der Ordensreferate und anderer Institutionen, die darüber entscheiden, wer sich in unserem Land verdient gemacht hat oder nicht verdient gemacht hat.

Im Jahre 1986 wurden an Männer 5061 Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen, an Frauen aber nur 802. Es gibt viele Auszeichnungen für erfolgreiche Wirtschaftsführer, Politiker, Wissenschaftler, Kulturschaffende.

Haben sich aber eigentlich nur diejenigen um das deutsche Volk verdient gemacht, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen? Hat sich z. B. die Mutter, die ihre Kinder erzieht oder ihre Angehörigen pflegt, nicht genauso um das deutsche Volk verdient gemacht?

Wenn wir auf neue Fragen keine Antworten geben, werden wir auch unsere Stammwähler nicht halten können. Ich nenne als Beispiel neue Fragen wie die

„Wir sind in den 70er Jahren doch nicht die Regierungspartei der 80er Jahre geworden, weil wir in die 50er Jahre zurückgeblickt, sondern weil wir in die 90er Jahre vorausgeschaut haben. Und in den 60er Jahren haben wir, um das Gegenbeispiel zu bringen, die Regierungsverantwortung verloren, weil wir den Anschluß an die Themen der Zukunft verpaßt hatten, die die Menschen damals bewegten.“

(Generalsekretär Heiner Geißler auf dem 35. Bundesparteitag in Bonn)

Erhaltung von Natur und Umwelt und die Sicherung des ländlichen Raumes; das letzte Thema ist bereits angesprochen worden. Wir haben deshalb eine Kommission eingesetzt, die unter Leitung von Ernst Albrecht ein Gesamtkonzept für den ländlichen Raum erarbeiten soll. Lieber Ernst Albrecht, wie schon so oft hast

Du für uns eine Zukunftsaufgabe übernommen. Dafür möchte ich Dir an dieser Stelle herzlich danken.

Auch unsere Stammwähler spüren Veränderungen. Gerade sie werden wir ohne eine offene und reformfähige Politik auf Dauer nicht bei uns halten können. Wie muß nach Metternich der Staatsmann aussehen? „Kein Doktrinär, keine Eisenstange, sondern eine Stahlfeder, fest in den Prinzipien, anpassungsfähig in der Politik.“ In diesem Geiste müssen wir an die Erarbeitung unserer Zukunftsaufgaben und damit auch an den nächsten Parteitag herangehen.

Soziale Marktwirtschaft, europäische Einigung, westliche Integration, Frieden und Freiheit, dynamische Rente — das waren in den 50er Jahren moderne Antworten einer großen Volkspartei auf neue Fragen. Zu diesen heute noch gültigen Antworten kommen aber neue Fragen, z. B. Fragen des Strukturwandels, des Umweltschutzes, der weltweiten Abrüstung, der westlichen Strategie gegenüber einem sich verändernden kommunistischen System, des Nord-Süd-Konfliktes, der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Frau und der moralischen und politischen Bewältigung des technischen und medizinischen Fortschritts. Zur Beantwortung dieser Fragen brauchen wir heute — wie in den 50er Jahren — Führungskraft und inhaltliche Qualität, die sich am Kompaß des christlichen Menschenbildes orientiert. Darüber müssen wir von diesem Tage an eine breite Diskussion führen. Wir müssen selbstverständlich diskutieren. Wo alle dasselbe denken, wird ohnehin nicht viel gedacht.

Man kann andere Leute nicht dadurch überzeugen, daß man sie zum Schweigen bringt. Diskussion gehört zu einer modernen Partei. Diskussion und Geschlossenheit stehen nicht im Widerspruch zueinander.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ist nie abstrakte Verantwortung, sondern immer konkret. Churchill fragte am 15. August 1942 in Moskau Josef Stalin, ob der Kampf gegen die Kulaken wirklich so schlimm gewesen sei wie der Krieg. Stalin antwortete: „Oh ja, schlimmer, viel schlimmer. Es hat Jahre gedauert, die meisten Kulaken wurden liquidiert. Zehn Millionen. Aber wir mußten es tun, um unsere Landwirtschaft zu mechanisieren.“ Churchill kam in einem Gespräch mit seinem Leibarzt 1954 auf diese Geschichte zurück und zitierte dann einen Ausspruch Stalins, der gesagt hatte: „Der Tod eines Menschen ist ein trauriges Ereignis, aber der Tod einer Million ist eine Sache der Statistik.“

Für uns Christliche Demokraten ist ein Menschenleben ein Menschenleben vor Gott, ebenso wie eine Million Menschenleben eine Million Menschenleben vor Gott sind, für die wir als Christen hier und weltweit Verantwortung tragen. Es ist provinziell und inhuman, Unterschiede nach Geographie und Zahl zu machen.

Uns als Christliche Demokraten erschüttert es, wenn bei uns in dieser Wohlstandsgesellschaft aus angeblich sozialen Gründen 200 000 ungeborene Kinder abgetrieben werden.

Wir sind als Christliche Demokraten, wenn wir die Menschenwürde ernst nehmen, aber genauso betroffen, wenn weltweit Millionen Menschen sterben müssen, weil sie nicht genügend zu essen haben, während wir hier im Wohlstand leben, genauso betroffen, wenn Millionen von Menschen in der Sowjetunion, in Afghanistan, in islamischen Feudalstaaten, in Südafrika und in den Militärdiktaturen anderer Kontinente wegen ihrer religiösen und politischen Überzeugung

oder wegen ihrer Hautfarbe gequält oder getötet werden.

Unser christliches Menschenbild gebietet uns, für das ungeborene Kind genauso wie für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit einzutreten, wie es z. B. Norbert Blüm getan hat. Ich danke ihm ausdrücklich dafür.

Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen, wenn wir uns am christlichen Menschenbild orientieren? Heute werden drei Millionen Pflegebedürftige und Hochbetagte zu 90 % in den Familien — außerhalb des Systems der sozialen Sicherung — gepflegt. Gleichzeitig leisten wir uns eine Krankenversicherung mit den höchsten Arzneimittelpreisen der Welt, mit den meisten Krankenhausbetten und den höchsten Pflegekosten und einer Kostenexplosion in der Krankenversicherung von 25 Milliarden DM im Jahre 1970 auf 120 Milliarden DM im Jahre 1986. Es ist zukunftsgerichtete, qualitative, christlich-demokratische vorbildliche Sozialpolitik im klassischen Sinne der Neuen Sozialen Frage, wenn der Bundeskanzler und die Bundesregierung dem Vorschlag von Norbert Blüm und Rita Süßmuth folgen, 14 Milliarden DM bei Gesunden, bei Zahnärzten und bei der Pharmaindustrie einzusparen, um davon mit 7 Milliarden DM endlich die drei Millionen Pflegebedürftigen ohne Beitragserhöhung sozial abzusichern.

Dies ist das, was wir für einen modernen und humanen Sozialstaat tun müssen.

Als Helmut Kohl seine Tischrede anlässlich des Besuches von Erich Honecker in der Redoute in Bad Godesberg am 7. September hielt, wurde sie live im DDR-Fernsehen übertragen und am anderen Tag im vollen Wortlaut im „Neuen Deutschland“ abgedruckt. Es war eine gute, eine sehr gute Tischrede.

Die Zeitung „Neues Deutschland“ war an diesem Tage seit vielen Jahren zum erstenmal wieder ausverkauft.

Gorbatschow verurteilt die stalinistischen Verbrechen anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, die Krimtataren demonstrieren auf dem Roten Platz, der Papst predigt vor Millionen Menschen in Polen. Bei uns in Deutschland und in der Welt ist etwas in Bewegung gekommen. Die gegenwärtige, weltgeschichtlich bedeutsame Entwicklung in der Sowjetunion, von der wir noch nicht wissen, wo sie endet, darf uns nicht vergessen machen, daß es den Archipel Gulag, den Krieg in Afghanistan und immer noch zu viele Waffen auf dieser Erde gibt.

Diese Entwicklung erfordert von uns zwar nicht eine Änderung unserer außenpolitischen Prinzipien, aber eine Weiterentwicklung konkreter Konzepte, die diesen wichtigen Prozeß nicht hindern, sondern fördern und auch unseren nationalen Interessen nutzen. Wir brauchen eine eigenständige Abrüstungsstrategie, die auf der einen Seite unsere Sicherheit erhält, uns aber auf der anderen Seite dazu befähigt, in der Abrüstungspolitik — insbesondere bei den chemischen und konventionellen Waffen — in die Offensive zu kommen. Dies ist ein wichtiges und entscheidendes Thema auch für den nächsten Parteitag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wer Vertrauen für die Zukunft schaffen will, muß Selbstvertrauen haben. Wer über die Zukunft nicht nachdenkt und nicht darüber spricht, wird auch keine Zukunft haben. Deshalb müssen wir vom heutigen Tage an mit Leidenschaft, Augenmaß und Sachverstand darüber diskutieren, wie die Zukunft aussehen soll.

Ich bedanke mich bei Ihnen.
(Anhaltender lebhafter Beifall)

Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, Heiner Geißler ist seinem Ruf gerecht geworden: Er ist kein Leisetreter, redet niemandem nach dem Mund, er ist die in die CDU eingebaute Unruhe. Wir brauchen diese Unruhe, wir brauchen Heiner Geißler.

Beides ist notwendig: Kontinuität und Wandel, Treue zu sich selbst und Weiterentwicklung. Das sind die lebenserhaltenden Pole. Deshalb seien wir froh, daß an der Spitze unserer Partei Helmut Kohl und Heiner Geißler stehen. Wir brauchen sie beide.

Pressestimmen vom 10. November 1987 zum 35. Bundesparteitag

„Dies war kein Parteitag der Weinerlichkeit und des Selbstmitleids. Im Mittelpunkt stand das bedachte Wort nach innen.“

(Generalanzeiger, Bonn)

„Der Mobilisierungseffekt wirkte nach innen. Die Kieler Schatten haben bei der Union innere Einkehr bewirkt.“

(Reutlinger Generalanzeiger)

„Kohl hat die Kieler Vorgänge in einer durchaus angemessenen Weise behandelt.“

(Saarbrücker Zeitung)

„Seine wohltemperierte Rede war ein Beitrag zur Selbstbesinnung der CDU.“

(Berliner Morgenpost)

„Zu loben ist, daß Kohl und Geißler nichts vernebelt oder übertüncht haben.“

(Mannheimer Morgen)

„Trotz aller Zweifel und Selbstkritik ist die CDU im Grunde in einer robusten Verfassung.“

(Westfälische Nachrichten)

„Die CDU-Mitglieder demonstrierten, daß sie enger aneinandergerückt sind.“

(Wiesbadener Kurier)

Alfred Dregger:

Richten wir den Blick nach vorn

Liebe Freunde! Ich bin allen Delegierten dankbar, die nach den Reden des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs trotz fortgeschrittener Zeit bereit sind, den Bericht ihrer Bundestagsfraktion entgegenzunehmen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben diese Aufmerksamkeit verdient; denn sie haben gute Arbeit geleistet.

Nicht Streit, sondern Zusammenarbeit ist das Kennzeichen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der Fraktion gibt es keine Frontstellung zwischen CDU und CSU. Vorläufige Meinungsverschiedenheiten verlaufen nie entlang der Grenzen der beiden Schwesterparteien. Wie in der vergangenen Legislaturperiode haben wir auch in dieser alle wichtigen Entscheidungen einstimmig getroffen.

Ich sage das auch deshalb, weil davon in der Zeitung oder im Fernsehen, im Rundfunk nie zu hören ist. Meine Damen und Herren, diese Integrationsleistung der Fraktion war und ist das Fundament, ohne das die Regierung keine erfolgreiche Arbeit für Deutschland leisten kann.

Die Fraktion befolgt drei Grundsätze, die wir auch den Aktionszentralen beider Unionsparteien zur Nachahmung empfehlen — beider, nicht nur in München werden hin und wieder Fehler gemacht, meine Damen und Herren.

Erstens. Es gilt, die eigenen Kräfte nicht gegeneinander-, sondern zusammenzuführen. Die Einheit der Union ist die erste Voraussetzung des politischen Erfolges.

Zweitens. Es gilt, unsere Kräfte — zwar nicht alle, doch überwiegend — auf die Erfüllung unseres Regierungsprogramms

zu konzentrieren. Das ist der einzige Weg, unsere politischen Ziele in die Tat umzusetzen. Nur daran werden wir letztlich gemessen. Unsere Anhänger sind nüchterne, fleißige und redliche Leute, keine Ideologen, die sich an weltumspannender Rhetorik ergötzen. Sie wollen Effizienz, Ergebnisse, Fakten, und das ist gut so; denn wir können sie liefern.

Es gilt **drittens** zu erreichen, daß unsere Erfolge nicht verschwiegen, zerredet oder durch Torheiten überdeckt werden. Der Parteivorsitzende hat dazu einige Mahnungen an uns gerichtet, die ich unterstreiche.

Meine Damen und Herren, wir haben, wie jeder internationale Vergleich zeigt, eine sehr erfolgreiche Bundesregierung und einen Bundeskanzler, der hohes Ansehen überall in der Welt genießt. Mit Helmut Kohl sollten wir auch der Partei wieder mehr Selbstbewußtsein und Schwung geben.

Richten wir den Blick nach vorn: Allein in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stehen drei große Reformaufgaben vor uns: Steuersenkung und -vereinfachung, Kostendämpfung und Neuordnung im Gesundheitswesen sowie Rentensicherung für die Generation unserer Kinder und Enkel.

Die weltwirtschaftlichen Verwerfungen und Risiken sind groß. Meistern können wir sie nur im Verbund mit den anderen großen Industrienationen. Auf jeden Fall gehören jetzt Kostendämpfung und Rentensicherung, vor allem aber Steuersenkung zu dem, was weltwirtschaftlich geboten und zur Abwehr des Protektionismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendig ist. Für

uns als die zur Zeit größte Exportnation der Erde sind offene Grenzen eine existentielle Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren, das Konzept der Steuerentlastung um netto 50 Milliarden DM jährlich und der Steuervereinfachung steht. Jetzt gilt es, die Öffentlichkeit in einer Informationsoffensive davon zu überzeugen, was es ist: ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk. Alle Argumente sprechen für uns. Das hat sich in einer Diskussion zwischen dem Bundesvorstand des DGB und der Fraktionsspitze vor einiger Zeit gezeigt. Ich habe, als der DGB-Bundesvorstand in allgemeinen Wendungen Kritik an unserer Steuerreform übte, gefragt, welche Entlastungsmaßnahmen der DGB denn ablehnen wolle.

Erste Frage: Ist der DGB, sind andere gegen die Erhöhung der Grundfreibeträge und der Kinderfreibeträge, was bedeutet, daß 500 000 kleine Steuerzahler aus der Steuerpflicht entlassen werden und daß die Entlastung, die damit verbunden ist, den Beziehern kleinerer Einkommen mehr zugute kommt als den Beziehern höherer Einkommen? Antwort: Nein.

Zweite Frage: Sind Sie dagegen, daß der Eingangssteuersatz von 22 % auf 19 % abgesenkt wird, der von den Sozialdemokraten vor einigen Jahren in sozial unerträglicher Weise entsprechend erhöht wurde? Antwort des DGB-Bundesvorstandes: Nein. Er konnte ja auch schlecht das Gegenteil sagen.

Dritte Frage: Sind Sie gegen die Begründung der Steuerprogression vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz, gegen das Abschneiden des Mittelstandsbauchs, d. h. gegen die Beseitigung der überproportionalen Besteuerung der Bezieher mittlerer Einkommen — eine Entlastung, die den Beziehern mittlerer Einkommen zugute kommt: vom gut ver-

dienenden Facharbeiter über den Industriemeister bis hin zum Handwerksmeister und zum kleinen Unternehmer?

Das ist der Hauptwurf dieser Steuerentlastung und Steuerreform, und es lassen sich überhaupt keine Einwände dagegen vorbringen.

Sind Sie dagegen, daß die Vorsorgeaufwendungen für Selbständige, die nicht mit einer festen Pension und Rente rechnen können, die selbst dafür zu sorgen haben, steuerlich begünstigt werden?

Sind Sie gegen die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von jetzt 56 Prozent auf 50 Prozent?

Meine Damen und Herren, wenn wir alle Steuern zusammennehmen, Gewerbesteuer und andere mehr, werden in Deutschland 70 % des Ertrages von der Steuer weggenommen. Das ist doppelt so viel wie jetzt in Großbritannien. Ich habe den DGB gefragt, ob er etwa dafür sei, daß die neuen Arbeitsplätze anderswo und nicht bei uns entstünden. Dafür ist doch auch der Steuerstandort von großer Bedeutung.

Es blieb dann nur die Senkung des Spitzensatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer, nicht wie bei der Körperschaftsteuer von 56 auf 50, sondern von 56 auf 53 % übrig, womit sich eine Diskrepanz zwischen beiden Steuersätzen auftut. Die Einkommensteuer ist die wichtigste Unternehmenssteuer. — Darauf haben die Herren des DGB-Bundesvorstandes gemeint, diese Frage hätten ja nicht sie, sondern andere aufgeworfen, was ja richtig ist.

Dafür hat uns dieses Thema bei den Koalitionsgesprächen drei Wochen lang, ganz überflüssigerweise, wie ich meine, aufgehalten.

Das hat dazu beigetragen, daß die für nur einen geringen Teil der Steuerentlastung vorgesehene Gegenfinanzierung jetzt erst geklärt worden ist. Diese Gegenfinanzie-

rung verdient keinerlei grundsätzliche Beanstandung. Insbesondere die von vielen befürchtete Steuererhöhung an anderer Stelle wird nicht stattfinden.

Wer sich daran erinnert, daß die Sozialdemokraten die Verbrauchsteuern während ihrer kurzen Regierungszeit von 13 Jahren 17mal um 25 Milliarden DM jährlich erhöht haben, kann sich nur wundern, wie dummdreist sie den ganzen Sommer hindurch diskurtiert haben. Jetzt müssen wir zur Gegenoffensive übergehen.

Die Notwendigkeit, offensiv zu argumentieren, gilt mehr noch als für die Steuerreform für die beiden anderen großen Reformaufgaben, die in der besonderen, aber nicht in der alleinigen Verantwortung von Norbert Blüm stehen. Ich meine die Strukturreform im Gesundheitswesen und in der Alterssicherung.

Unser Alterssicherungssystem beruht auf einem reinen Umlageverfahren. Es findet keinerlei Kapitalansammlung statt. Die heutigen Beitragszahler finanzieren die heutigen Rentner in der Hoffnung, daß auch ihre Renten in gleicher Weise finanziert werden können. Der Generation unserer Kinder und Enkel übertragen wir auf diese Weise keine Vermögenswerte, sondern gegen sie gerichtete Rentenansprüche, also Schuldtitel. Die weitgehende Geburtenverweigerung heute büdet einer künftig dezimierten Beitragszahlergeneration riesige Lasten gegenüber einer mit hohen Rentenansprüchen ausgestatteten relativ zahlreichen Rentnergeneration auf. Wir müssen aufpassen, daß keine Lage entsteht, in der die Tüchtigen unter unseren Kindern und Enkeln die Flucht ins Ausland ergreifen, um den dann kaum noch zu bezahlenden Beitragslasten zu entfliehen.

Ich sage das einmal hier, um klarzumachen: Wir tragen Verantwortung nicht nur für uns selbst, sondern auch für diejenigen, die nach uns kommen.

Die dringend notwendige Strukturreform im Gesundheitswesen durchzusetzen, wird nicht weniger schwer sein. Wir werden dabei auf den massiven Widerspruch nahezu aller Interessengruppen stoßen. In der Auseinandersetzung sollten wir niemanden durch unbedachte Äußerungen verletzen. Wir brauchen alle. Wir müssen sie gewinnen, soweit es nur geht. Aber wir können uns nicht von der Zustimmung aller abhängig machen. Wir sind die gewählten Vertreter des deutschen Volkes. Wir haben das Allgemeininteresse durchzusetzen, das mehr ist und etwas anderes als die Summe der Gruppeninteressen.

Auch unsere Parteivereinigungen — von den Sozialausschüssen über die Mittelstandsvereinigung bis zum Wirtschaftsrat — müssen dazu ihren Beitrag leisten. Wenn sie sich zur Lobby der ihnen nahestehenden Gruppeninteressen machen ließen, wären die Reformen gescheitert, ehe sie begonnen hätten.

Denken wir an Theo Blank, an den sich die Älteren noch erinnern. Hätte Theo Blank bei seinem damaligen Versuch, die soziale Krankenversicherung und das Gesundheitswesen auf gesunde Grundlagen zu stellen, die volle Unterstützung seiner Fraktion und seiner Regierung gefunden, wäre uns vieles erspart geblieben, was uns heute bedrückt.

Norbert Blüm, Sie können sich — ich glaube das sagen zu dürfen — auf die jetzige Fraktion verlassen. Ich gehe bei dieser Zusage davon aus, daß Sie Ihre Aufgaben — wie in der hinter uns liegenden Legislaturperiode auch — sachgerecht, klug und mutig anpacken. Wir wollen Sie jedenfalls bei der Strukturreform im Gesundheitswesen und bei der Reform der Alterssicherung ebenso unterstützen, wie wir jetzt bei der Steuersenkung und Steuervereinfachung Gerhard Stoltenberg unterstützen.

Hinzufügen möchte ich, meine Freunde: Wir haben nicht nur große Aufgaben in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Wir haben noch größere im Bereich „jenseits von Angebot und Nachfrage“, wie ich es in Anlehnung an ein Wort von Wilhelm Röpke auf dem Bundesparteitag vor einem Jahr in Mainz formuliert habe.

Ich meine, erstens, den Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen Lebens. Massenabtreibungen aus Bequemlichkeit sind etwas in jeder Hinsicht Schreckliches.

Die Armut an Kindern ist zudem das größte Unglück, das unser Volk nach dem Kriege getroffen hat. Wir wollen nicht falsch verstandene Selbstverwirklichung und Egoismus, sondern die Freude an Kindern wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Sache der Frauen, sondern vor allem der Männer und der ganzen Gesellschaft, die entsprechende Rahmenbedingungen schaffen muß.

Zweite Aufgabe jenseits von Angebot und Nachfrage: der Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation. Wir, die wir in Freiheit leben, müssen denen beistehen, denen östlich der Teilungsgrenze Deutschlands und Europas immer noch Freiheit und Demokratie, Selbstbestimmung und nationale Identität verweigert werden.

Die dritte Aufgabe in diesem Zusammenhang ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Boden, der alles trägt, aber nicht alles erträgt.

Natur und Landschaft bewegen uns Deutsche innerlich mehr als andere. Wir müssen, auch im europäischen Rahmen, weiterhin Vorreiter des Umweltschutzes und Anwalt der Natur sein.

Zu diesen Aufgaben gehört viertens der Schutz des inneren Friedens vor politi-

ischem Fanatismus und menschenverachtender Gewalt.

Wir können nicht dulden, daß sich wie jetzt in Frankfurt vermummte Gewalttäter wie die Kader einer Bürgerkriegsarmee aufziehen.

Wir appellieren an die anderen demokratischen Parteien — insbesondere an unseren Koalitionspartner FDP —, mit uns gemeinsam Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, ohne unzumutbare Gefährdung der Polizei — wir haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten der Polizei — die Verbrecher — das sind sie nämlich — dingfest zu machen, sie streng zu bestrafen und den Frieden auf unseren Straßen wiederherzustellen.

Schließlich ist unsere fünfte Aufgabe — jenseits von Angebot und Nachfrage — der Schutz des äußeren Friedens. Der Abzug aller Mittelstreckenraketen, den wir begrüßen, hat weitere Abrüstungsmaßnahmen nicht überflüssig, sondern dringlicher gemacht. Das gilt für unsere Bedrohung durch chemische Waffen, durch weit überlegene sowjetische Panzerarmeen und durch atomare Waffen, die von der sogenannten Null-Lösung nicht erfaßt werden. Das sind insbesondere diejenigen mit Reichweiten unter 500 km, die nahezu ausschließlich Deutschland bedrohen, und das in einem Kräfteverhältnis von 1365 auf östlicher und 88 auf westlicher Seite.

Meine Damen und Herren, beides — Sonderbedrohung, soweit vermeidbar, und Ungleichgewicht gerade in diesem Bereich — ist für uns Deutsche nicht hinnehmbar. Deshalb fordere ich in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Deutschen Bundestages die Sowjetunion auf, mit dem Abbau ihres atomaren Waffenberges auch bei kürzeren Reichweiten endlich zu beginnen. Sie soll handeln und nicht nur reden.

Deshalb appelliere ich an unsere Verbündeten, in ihrer Abrüstungsplanung die Sicherheits- und Überlebensinteressen des deutschen Volkes in Zusammenarbeit mit uns nicht weniger zu beachten als die eigenen.

Ich wünsche mir, daß der Westen endlich ein Gesamtabrüstungskonzept erarbeitet — einschließlich der atomaren Kurzstreckenwaffen der Reichweiten unter 500 km; auch das hat auf unsere Initiative hin sowohl der Bundestag wie die Außenministerkonferenz der NATO beschlossen — und daß der Westen — das füge ich hinzu — ein solches Abrüstungskonzept der Gegenseite vorlegt, damit die Initiative auf uns übergeht und wir nicht immer von Herrn Gorbatschow überrascht werden.

Die Fraktion ist dabei, für ein solches Abrüstungskonzept Vorschläge zu erarbeiten.

Schutz des Lebens, Schutz der deutschen Nation, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Schutz des inneren und des äußeren Friedens — diese fünf großen Themen werden wir auf dem nächsten Bundesparteitag 1988, wie der Parteivorstand gesagt hat, intensiv erörtern. Aber wir werden diese Themen bis dahin nicht ruhen lassen. Es sind Themen, die

uns umtreiben, die unser Gewissen bedrücken, die politische Weichenstellungen verlangen — vielfach gegen den Zeitgeist und den Widerstand der anderen Parteien. Es sind Aufgaben, bei deren Erfüllung wir in einem Meer von Unwissenheit und Gleichgültigkeit um die Seele unseres Volkes und um Mehrheiten bei Wahlen und in den Parlamenten ringen müssen.

Vergessen wir daher nicht, meine Freunde: Wir sind mehr als ein Wirtschafts- und Sozialverein. Wir sind die große Christlich Demokratische und die große Christlich Soziale Union. Unsere Verantwortung umfaßt das ganze Leben der Menschen und das Schicksal unseres ganzen Volkes. Ihm wollen wir dienen nach bestem Wissen und Gewissen, mehr noch und wirksamer als bisher.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium:
Lieber Herr Dregger, an dem mehrfachen Beifall, den Sie bekommen haben, ist sichtbar geworden, daß wir Sie alle verstanden haben. Ihre Verantwortung ist groß. Wir wissen, daß viel auf Ihre Schultern geladen wurde. Wir sagen Ihnen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und für Ihre Tätigkeit als Fraktionsführer unserer CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Rudolf Luster:

Wir bleiben die verlässliche deutsche Europapartei

Liebe Freunde! Vor Jahresfrist in Mainz hatte ich zu einer Anzahl von Politikbereichen aus europäischer Sicht unsere Meinung vortragen dürfen. Zu etlichen dieser Themen nimmt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in dem Ihnen schriftlich vorliegenden Jahresbericht für die abgelaufenen zwölf Monate ergänzend Stellung.

Vor uns liegen zwei herausragende Aufgaben im europäischen Bereich. Im ersten Halbjahr 1988 haben wir die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft, und in 18 Monaten wird es die nächsten Direktwahlen für das Europäische Parlament geben.

Die deutsche Präsidentschaft: Vornean steht die Arbeit an der fristgerechten Vollendung des Binnenmarktes zur dauerhaften Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Überwindung der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft. Beim Abbau des „Noch-nicht-Europa“, dessen jährliche Verluste von Fachleuten auf rund 200 Milliarden DM, also auf das Zweieinhalbfache des gesamten EG-Etats, geschätzt werden, muß es zuerst um die Öffnung der Beschaffungsmärkte bei den öffentlichen Händen gehen. Einheitlicher Binnenmarkt bedeutet auch Wegfall der fiskalischen Grenzen, und das wiederum bedeutet Zwang zur Harmonisierung der indirekten Steuern. Letztlich müssen die Verkehrshemmnisse an den Binnengrenzen fallen.

Bei der dringend notwendigen Finanzver-

fassungsreform müssen wir die Eigenmittel der EG aufbessern, um den Haushaltsausgleich wiederherzustellen. Dabei müssen wir gewährleisten, daß die oft beschworene strenge Haushaltsdisziplin geübt wird. Rückwärts gewandte Wege zu Staatszuschüssen allerdings dürfen wir nicht beschreiten. Sie würden der angestrebten Demokratisierung der Gemeinschaft entgegenwirken.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht unsere politische Verantwortung gegenüber den Landwirten. Die gemeinsame Agrarpolitik bildet noch heute das Rückgrat der EG. Es sollte aber eine Politik zuallererst für den bäuerlichen Familienbetrieb sein.

Eine andere wichtige Aufgabe: Wir müssen die Außenbeziehungen zuallererst zu den USA, zu den EFTA-Staaten, auch zum RGW und zur ASEAN-Gruppe entwickeln und konsolidieren.

Liebe Freunde, die EG ist eine Rechtsgemeinschaft. Die wachsende Verklammerung der Rechtssysteme schafft die am meisten nachhaltige Verfestigung der Gemeinschaft. Das Gemeinschaftsrecht gewinnt ein Ausmaß, wie es Politikern und Juristen nicht immer bewußt ist. Das Gemeinschaftsrecht ist starkes Recht; es hat unstreitig Vorrang vor unserem Bundesrecht.

Und doch ermangeln die EG-Rechtsakte ihrer parlamentarischen Legitimierung. Es fehlt dort, wo die Parlamente der Mitgliedstaaten unzuständig geworden sind, die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

EG-Rechtsentscheidungen fallen bürgerfern, hinter verschlossenen Türen des Ministerrats, sozusagen par ordre du mufti. Dieses Skandalon hat Philipp Jenninger gemeint, als er kürzlich erklärte:

Wir können nicht länger hinnehmen, daß der Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses mit einem demokratischen Rückschritt erkaufte wird.

Und der Bundespräsident hat das unterstrichen, als er sagte:

Dies ist nicht nur eine Frage der politischen Theorie oder der reinen Lehre, sondern es hat wesentlichen Einfluß darauf, was unsere Bürger sich unter Europa vorstellen können.

Wir haben Ihnen zu dieser Forderung ein besonderes Papier vorgelegt und meinen: deutsche Präsidentschaft in der EG ist auch hier in der Pflicht.

Öffentlichkeit von Beratungen und Entscheidungen im Parlament schafft Bürgerinteresse, schafft Bürgerverständnis, Bürgeranteilmahme. Das wiederum sind wichtige Voraussetzungen für die Wahlbereitschaft der Bürger. Und die nächste Europawahl kommt bestimmt, nämlich schon im Juni 1989. Ob es uns gefällt oder nicht, die Öffentlichkeit wird diese Wahlen als Testwahlen auf Bundesebene ansehen.

Bei den Europawahlen von 1984 — wie schon im Jahre 1979 — hat die CDU/CSU in Deutschland eine absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen errungen. 1989 müssen wir gleich erfolgreich sein.

Im übrigen war die Wahlbeteiligung von 1984 gegenüber 1979 rückläufig. Diesen Trend müssen wir für 1989 umkehren. Das kostet Anstrengungen. Unser Ziel muß sein, bei den Direktwahlen 1989 eine hohe Wahlbeteiligung und ein erfolgreiches Ergebnis für die CDU/CSU zu erzielen.

Dieses europäische Wahlziel können wir

Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament nicht allein erstreiten. Hier muß die ganze Partei kämpfen.

Andere außerhalb der Gemeinschaft scheinen oft klarer zu erkennen, was unsere Europäische Gemeinschaft wert ist. Bei den EFTA-Mitgliedern geht der Ruf nach engerer Zusammenarbeit mit der EG um. Norwegen, das vor 15 Jahren wegen knapper Mehrheit der Nein-Stimmen beim Volksentscheid den EG-Beitritt nicht vollziehen konnte, ist dabei, seine Haltung zu revidieren. Sogar das neutrale Österreich sucht nach Wegen, die ihm die Assoziierung, wenn nicht gar die Mitgliedschaft in der EG ermöglichen.

Nein, liebe Freunde, wir brauchen die Augen nicht niederzuschlagen, wir brauchen uns des Erreichten nicht zu schämen. Die Europäische Gemeinschaft hat sich als Wirtschaftsgemeinschaft bewährt.

Auch einige in unseren Reihen denken zuwenig daran, daß die EG die größte Handelsmacht der Erde ist, daß über 100 Staaten diplomatische Beziehungen zu ihr unterhalten, daß 66 Staaten in der AKP mitgliedernahen Status haben und daß wir in der Gemeinschaft die umfangreichste Entwicklungs- und Hungerhilfe leisten, um nur wenig anzuführen.

Wir rechnen im übrigen damit, daß auch die Sowjets in Bälde die EG als Völkerrechtssubjekt anerkennen.

An diesen Erfolgen hat die Bundesrepublik großen Anteil. Demgegenüber verblaßt die von der SPD erfundene „Zahlmeisterargumentation“. Zu diesem Thema verweise ich im übrigen auf unser Papier „Europa als Auftrag“. Das dortige Zahlenmaterial weist nach, daß wir nicht Nettozahler, sondern Hauptnutznießer der EG sind — wenn wir denn den Erfolg der EG einmal so eng wirtschaftlich-finanziell bewerten wollen. Liebe Freunde, ihren Hauptauftrag, uns den Frieden zu erhalten, hat die EG in

vorbildlicher Weise erfüllt. In unruhigen Jahrzehnten mit kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt ist die EG ein Hort des Friedens geblieben; und das nicht deshalb, weil die Menschen hier besser geworden wären. Wir haben uns vielmehr sinnvolle und wirksame Rahmenbedingungen fester Gesprächs- und Arbeitskontakte miteinander geschaffen.

Für uns in Deutschland gilt es insbesondere, den Zusammenhang zwischen europäischer Einigung und der Überwindung der Spaltung Deutschlands zu sehen. Den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dürfen wir nicht aufgeben, wie uns dies neuerdings von sozialdemokratischer Seite empfohlen wird. Wir dürfen ihn aber auch nicht außerhalb der Europäischen Gemeinschaft führen wollen oder ihn gar als Widerspruch zu ihr sehen. Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht müsse europäisiert werden, hat Alfred Dregger empfohlen. Das gibt uns auch die Präambel des Grundgesetzes auf, wenn es nationale Einheit und die Vereinigung Europas gleichrangig erwähnt.

Sirenenklänge aus Moskau oder eigener Übereifer dürfen uns hierin nicht irremachen. Neutralitätsduselei und Blauäugigkeit mancher dürfen uns nicht um die seit Adenauer mühsam gefestigte Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit bringen.

Wer heute in Europa Gespräche führt, liebe Freunde, der spürt in vielen Fragen unserer nichtdeutschen Freunde die Sorge um das, was die Franzosen die „incertitudes allemandes“ — die Unge-
wißheiten bei den Deutschen — nennen; das soll heißen: Sind die Deutschen wirklich verlässlich, oder tun sie nur so im Warten auf nationalstaatliche Lösungen?

Wir schulden ihnen eine klare Antwort; die kann nur lauten: Unsere nationale Frage ist eingebettet in einen dauerhaften

Frieden in Europa. Die politische Einigung Westeuropas hat Schrittmacherfunktion für eine solche Friedensordnung.

Deutsche Einheit und Einigung Europas bedingen sich gegenseitig. Hier kann ein Gedanke des Bundespräsidenten wichtig und hilfreich werden, nämlich seine Empfehlung systemöffnender, womöglich institutionalisierter Kontakte zwischen Ost und West. Aber äußerste Wachsamkeit des freien Westens gegenüber dem kommunistischen Osten bleibt vorrangig unsere Pflicht. Die Einbindung in EG und NATO erhalten uns Frieden in Freiheit; beides sind unerläßliche Säulen unserer Sicherheit.

Wir können mit dem durch die Europäische Gemeinschaft Erreichten zufrieden sein; sehr zufrieden, nicht selbstzufrieden. Vieles bleibt noch zu tun. Wir dürfen uns aber unsere Erfolge nicht selbst zerreden und auch nicht durch andere zerreden lassen.

Wir müssen aber auch aufpassen, daß andere uns nicht den Rang streitig machen, die deutsche Europapartei zu sein. Sehen wir uns die SPD an. Jahrzehnte hat sie auf die EG als auf das Adenauersche „Klein-Europa“, wie sie es nannte, verächtlich mit dem Finger gezeigt. Alle Europabeschlüsse des Deutschen Bundestages in den 50er Jahren mußten gegen ihren erbitterten Widerstand erstritten werden. Jetzt hört man es anders bei der SPD: Sozialistische Lösungen sind nur noch europäisch möglich, heißt es. Plötzlich hat auch die SPD Europa für sich entdeckt. Wir müssen aufpassen.

Die SPD als Partei hat sich ins Zwielficht begeben: mit dem gemeinsamen Dokument von SPD und SED und mit leichtfertigen Äußerungen z. B. maßgeblicher Sozialdemokraten zu Wiedervereinigung und Selbstbestimmung der Deutschen.

Das sind keine Befähigungsnachweise für ein europäisches Mandat. Dieser Partei dürfen wir das europäische Feld nicht anvertrauen.

Und die FDP? Ich gebe denen recht, die sagen, wir dürfen die FDP nicht aus der Verantwortung für zwölfjährige Gemeinsamkeit mit der SPD zwischen 1970 und 1982 entlassen.

Ich denke besonders an die EG-Agrarpolitik. Wer hat uns auf deutscher Seite in diesen Schlamassel hineingeführt? — Ein uns allen wohlbekannter Landwirtschaftsminister der FDP war es. Im entscheidenden Moment, als die Produktion in die Überproduktion umschwappte, hat er die nötigen Anpassungen versäumt. Er hat die Agrarmisere maßgeblich zu vertreten, er und die SPD/FDP-Regierung, die ihn trug.

Wir, die CDU, haben keinen Grund, in Europadingen kleinlaut zu sein. Auf uns kommt es auch künftig an.

Wir bleiben die verlässliche deutsche Europapartei. Wir bekennen uns zusammen mit unseren europäischen Freunden zu den gemeinsamen Grundwerten der europäischen Kultur. Der Bundeskanzler hat bekräftigt:

Motor für die Einigung Europas zu sein, dies ist Teil des nationalen Auftrags, Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an.

Unsere Politik für Europa, liebe Freunde, ist auf die Zukunft gerichtet. Diese Zukunft im Blick, wollen wir Europa als einen Kontinent bauen, auf dem die Regionen und die Nationen, auf dem Freiheit und rechtsstaatliche Ordnung, auf dem Individualität und Gemeinsinn, auf dem Einheit und Vielfalt in Harmonie vereint sind.

Der Erfolg hängt von uns allen ab, von der Partei, der die Bevölkerung die größte Kompetenz für die Lösung der Aufgaben

von morgen, für die Gestaltung europäischer Zukunft zuerkennt.

Ich schließe, womit ich begonnen habe: Erstens. Von Januar bis Juni 1988 muß die EG ein gutes Stück vorankommen. Zweitens. 1989 ist Europawahl. Wir müssen und wir werden sie gewinnen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsident:
Wir danken Herrn Rudolf Luster für seinen Bericht der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Der Beifall hat gezeigt, daß wir die Ausführungen verstanden und begriffen haben. Der Aufruf zu einer hohen Wahlbeteiligung und dazu, die Wahlen zum Europäischen Parlament besonders ernst zu nehmen, ist verstanden. Wenn ich die Stimmungslage in Deutschland richtig einschätze, werden wir unter den gegenwärtigen Umständen Bauern außerordentlich schwer für Europa begeistern können. Es wäre gut, verehrter Herr Luster, wenn wir ein sichtbares Zeichen bekommen könnten, daß die Europäische Kommission und das Parlament die besondere Lage und die Sorgen der deutschen Bauern richtig einschätzen. Wir wollen uns nichts vormachen. Es wäre schade, wenn sie sich abwenden würden, weil sie mit der Politik unzufrieden sind.

Das „Protokoll des 35. Bundesparteitages der CDU“ kann ab sofort bestellt werden.

Mindestabnahme: 1 Exemplar
Preis pro Mindestabnahme: 20 DM
Bestell-Nr.: 3047

Der Preis versteht sich inkl. Versandkosten plus Mehrwertsteuer und kann bestellt werden bei

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Vermold**

Walther Leisler Kiep:

Der Finanzausgleich ist unsere gemeinsame Aufgabe

Sie erinnern sich vielleicht noch daran, daß ich bei unserem letzten Bericht vor über zwei Jahren auf dem Parteitag in Essen eine allgemein optimistische Prognose für die Finanzentwicklung der Jahre 1985 und 1986 abgegeben habe. Ich hatte damals davon gesprochen, daß ich davon ausgehe, daß wir auch in den beiden Jahren, über die heute und hier zu berichten ist, ein finanzielles Gleichgewicht in den Parteifinanzien haben würden. Leider hat sich diese Erwartung nicht bewahrheitet. Die Ausgaben waren in den beiden Berichtsjahren höher als die Einnahmen.

Unser Parteivorsitzender, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat vorhin in seiner Einleitung zum Parteitag schon auf dieses Problem und auf die notwendige konzentrierte Anstrengung der Gesamtpartei zu seiner Überwindung hingewiesen. Ich möchte die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, in Kürze darstellen. Es sind — wie kann es anders sein — vorwiegend politische Gründe.

Zunächst einmal haben wir im Jahre 1985 7,7 Millionen DM zum größten Teil in Form von Direktzahlungen den Landesverbänden für die Bestreitung ihrer zum Teil außerordentlich schwierigen und teilweise dramatischen Landtagswahlkämpfe zur Verfügung gestellt. Diese 7,7 Millionen DM haben uns in unserer Rechnung ebenso gefehlt wie die 13 Millionen DM, die wir im Jahr zuvor, 1984, aus den Europawahlkampfereignissen an Länder- und Kreisparteien weitergegeben haben.

Wir haben also das Jahr 1986 mit einer Vorbelastung von 20 Millionen DM begonnen.

Wir haben — auch daran werden Sie sich erinnern — eine neue Einrichtung im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung geschaffen, die in diesen Jahren voll zum Tragen kam. Bei der Diskussion im Bundesvorstand damals hatte ich darauf hingewiesen, daß wir die Kosten dieser EDV-Einrichtung sorgfältig beobachten müssen.

Als die Kosten dann eine Höhe erreichten, die über unsere Ansätze hinausging, standen wir kurz vor dem Bundestagswahlkampf 1986/87. Diese Kosten waren vor der Bundestagswahl nicht mehr zu redressieren.

Die EDV-Einrichtung, die wir geschaffen haben, zeichnet uns vor allen anderen Parteien aus. Sie haben die neidvolle Zustimmung auch unserer politischen Gegner und die Anerkennung, die darin enthalten war, sicher zur Kenntnis genommen.

Wir haben hier einen ersten Schritt am 18. Juni dieses Jahres durch die Gründung der DICO-Soft getan, d. h. durch die Gründung einer unabhängigen Gesellschaft, in der die Technologie, die wir in diesem Bereich erarbeitet haben, genutzt werden kann. Weitere Maßnahmen werden notwendig sein.

Der Rechenschaftsbericht macht dies ganz deutlich. Meine Damen und Herren, wir haben per 31. Dezember 1986 eine Überschuldung von 16,8 Millionen DM erreicht. Wir haben zwar als Union insge-

samt nach wie vor ein positives Reinvermögen, aber dieses positive Reinvermögen kommt nicht bei der Bundespartei zum Durchbruch, sondern bei dem Reinvermögen der Landesverbände. Alle Landesverbände — mit Ausnahme des Saarlands — haben ein positives Reinvermögen per Ende 1986.

Ein weiterer Grund ist das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987, das wir gemeinsam zu tragen haben. Wir haben hier bei der 40%igen Wahlkampfkostenerstattung, die nach der Bundestagswahl fällig war, immerhin minus 6 Millionen DM, d. h. 6 Millionen DM weniger als unser Ansatz bekommen, und wir werden in der Folge noch weitere 3,5 Millionen DM einbüßen.

Wir haben in dem schwierigen Jahr 1986/1987 weit über den angesetzten Kosten gelegen. Wir mußten in diesem schwierigen Winterwahlkampf eine Fülle von Großveranstaltungen durchführen. Ich möchte daran erinnern, daß allein der Bundeskanzler vom 1. Januar 1986 bis zum 25. Januar 1987 in 63 Großveranstaltungen aufgetreten ist; davon fanden allein 32 in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes statt.

Diese Veranstaltungen — ich möchte das hier erwähnen, insbesondere auch in Anwesenheit des Innenministers — zwingen uns, wenn der Bundeskanzler oder wichtige und besonders gefährdete Mitglieder der Bundesregierung auftreten, einen Sicherheitsaufwand zu treiben, der die Kosten dieser Veranstaltungen in einem unerträglichen Maß gesteigert hat. Wir bekommen diese Auflagen von außen zudiktiert. Wir haben keine Wahl, wir müssen sie erfüllen, und es stellt sich nach meiner Meinung die Frage — wie das auch in anderen Ländern, etwa in Großbritannien, der Fall ist —, ob nicht sicherheitsbedingte Aufwendungen, die auf Grund der Sicherheitslage notwendig

sind, auch den veranstaltenden Parteien erstattet werden müssen.

Wir haben Sparmaßnahmen im eigenen Haus in Angriff genommen. Meine Damen und Herren, Wohltätigkeit beginnt zu Hause. Deshalb kommt es darauf an, daß wir hier auch gegenüber allen anderen Ebenen der Partei mit einem guten Beispiel vorangehen. Wir müssen aber dabei die Gesamtschau der Gesamtpartei nicht aus dem Auge verlieren.

Was wir in diesen Berichtsjahren bis zum heutigen Tage festzustellen haben, ist eine ständig weiter fortschreitende Verlagerung der Aufgaben auf die Bundespartei und gleichzeitig eine Verlagerung der Einnahmen auf die nachgeordneten Organisationen wie Landes- und Kreisverbände. Ich möchte das — Sie alle können es im Rechenschaftsbericht nachlesen — noch an einigen kleinen Fakten deutlich machen.

Ich nenne etwa die Spenden. Die Spenden im Jahre 1986 waren außerordentlich erfreulich. Wir haben 37,5 Millionen DM Spenden eingenommen — eine Steigerung von 63 % gegenüber 1985 —, aber 74,4 % dieser Spenden sind bei den Kreisen angefallen.

Bei dieser Bemerkung ist es dennoch angebracht, auch hier auf dem Bundesparteitag ein herzliches Wort des Dankes an alle Spender zu sagen, die uns in diesen schwierigen Jahren die Treue gehalten haben.

Meine Damen und Herren, bei den Mitgliedsbeiträgen haben wir im Jahre 1986 eine Steigerung von 5,2 % auf 88,2 Millionen DM festzustellen. 68,7 % dieser Einnahmen gehen an der Bundespartei vorbei und landen bei den Kreisparteien. Ich muß daran erinnern, daß, auch was den Geldbestand angeht, ein Kassenbestand von 67,8 Millionen DM vorhanden ist, aber davon 64,9 auf den unteren Ebenen der Partei.

Dies alles sind wichtige Daten für die Organisationskommission, die unter Beteiligung der Landes- und Kreisverbände dabei ist, die Grundlagen und die Diskussionsgrundlage für unseren Parteitag im Juni zu erarbeiten.

Die Ausstattung der Gesamtpartei ist nicht schlecht, aber die Abstimmung von Aufgaben und Kosten auf der einen Seite und Einnahmen auf der anderen Seite ist dringend notwendig.

Bei den Mitgliedsbeiträgen z. B. — ich nannte die Zahl schon: 88,2 Millionen DM — gehen wir von einem Durchschnittsbeitrag von 9,97 DM pro Mitglied aus. Wir haben inzwischen die stolze Zahl von 44,2 % erreicht, d. h. 44,2 % unserer Einnahmen kommen aus Mitgliedsbeiträgen. Wir liegen damit jetzt inzwischen nicht mehr sehr weit von der SPD entfernt und haben in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Auf dem Parteitag in Mannheim hatte ich noch 25 % als Ziel dargestellt; heute sind es 44,2 %.

Aber die Bundespartei partizipiert lediglich mit einer DM an diesem Durchschnittsbeitrag von 9,97 DM, während unsere Kosten für das Mitglied, für seine Betreuung pro Monat, inzwischen zwischen 2 und 3 DM ausmachen. Das heißt: Jedes zusätzliche Mitglied erhöht den Verlust der Bundespartei bei dieser zur Zeit zugrunde liegenden Aufteilung der Mitgliedsbeiträge.

Wir haben in Vorbereitung unserer Arbeit intensive Gespräche mit dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer geführt. Wie der Bundeskanzler deutlich machte, haben wir eine klare Vorstellung, ein Konzept, und wollen auf dem Parteitag im Juni dieses Thema nach sorgfältiger Vorberei-

tung im Bundesvorstand und in allen anderen Gremien der Partei ausführlich diskutieren. Die Kommission wird die Grundlagen liefern. Bis dahin, bitte ich Sie alle sehr herzlich um Verständnis, wenn sich die Bundespartei strikt und eisern an die Vorlage des Haushalts der Partei hält und Überschreitungen nicht zuläßt. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die Umbildung eines Parteitages in der Beethovenhalle in Bonn wegen der Enge auf sich genommen haben. Auch das hat mit den Finanzen zu tun, und Sie können sich darauf verlassen, daß der Bundesschatzmeister, der zwar kein Vetorecht hat, dennoch mit aller Kraft erreichen wird, daß wir uns an die jetzt gegebenen Vorlagen halten und daß diese schwierige Situation in den kommenden Monaten nicht weiter verschärft wird.

Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit — alle zwei Jahre darf ich das tun — ein Wort des ganz besonderen Dankes nicht nur für die Unterstützung, die uns der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer und der Parteivorsitzende immer wieder geben, sondern vor allen Dingen auch an die wenigen Mitarbeiter der Bundesschatzmeisterei und insbesondere an meinen engsten und langjährigen Mitarbeiter, Uwe Lühje, und die übrigen Mitarbeiter der Bundesschatzmeisterei zu sagen. Sie haben diesen Dank verdient.

Unser Ziel ist die Bewältigung dieser Finanzprobleme in Solidarität bis zum Jahre 1990. Das Jahr 1990 muß uns angesichts der dann stattfindenden Bundestagswahl wieder in vollständiger finanzpolitischer Manövrierfähigkeit finden, damit wir diese schwere Auseinandersetzung bestehen können. Der Juni-Parteitag 1988 muß die Voraussetzungen dafür schaffen. Sach- und aufgabengerechter parteiinterner Ausgaben- und Finanzausgleich ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Gerhard Stoltenberg:

Wir sind trotz großer Schwierigkeiten eine handlungsfähige Landespartei

Helmut Kohl und Heiner Geißler sind auf die schweren Erschütterungen in Schleswig-Holstein in einer Weise eingegangen, für die ich Ihnen danken möchte.

In der Tat, Sie alle wissen es: Unsere Landespartei ist seit dem 12. September, dem Tag vor der Landtagswahl, hart getroffen und herausgefordert. Ich nenne die Stichworte: die Affäre Pfeiffer, die verwerflichen Umtriebe eines früheren Angestellten der Landespressestelle, schwere Stimmenverluste von über 6 % bei der Landtagswahl. Wir haben das für die Mehrheit mit der FDP entscheidende 38. Mandat um etwa 1 700 Stimmen verfehlt und sind deshalb in einer komplizierten landespolitischen Situation.

Seit Ende September gab es Zweifel an einzelnen Aussagen unseres Freundes, des um Schleswig-Holstein und unsere Partei so hochverdienten Ministerpräsidenten Uwe Barschel. Besonders schwer hat uns alle der tragische Tod Uwe Barschels am 11. Oktober getroffen. Uns ist danach mit aller Wucht die Frage gestellt, ob die Landtagsfraktion und die Führung der Landespartei ihm in allen Äußerungen vorher gerecht geworden seien.

Schließlich und als letztes will ich eine massive, von außen kommende politische und publizistische Kampagne erwähnen, in der mit haltlosen Verdächtigungen und Unwahrheiten die Integrität unserer Landespartei in Frage gestellt, ja, in einigen Unterstellungen zerstört werden soll.

Diese hier kurz angedeuteten, teilweise schockartigen Erfahrungen haben uns,

wie ich sagte, schwer getroffen. Sie haben für einige meiner Freunde im Land Belastungen gebracht, die an die äußerste Grenze des Erträglichen gingen, und sie haben auch Spannungen in unserer Landespartei ausgelöst. Wie ich weiß, wirken sie — und deswegen nehme ich noch einmal dazu Stellung — weit über Schleswig-Holstein hinaus, und Sie alle spüren diese Tiefenwirkungen zu Hause in allen Landesverbänden und in Ihren Heimatkreisen.

Ich habe nun am Sonnabend vor unserem Landesparteitag die Stationen der letzten sieben Wochen noch einmal im einzelnen nachgezeichnet, auch in der Reflektion, ob wir in der aktuellen Situation mit jeder Äußerung immer vorausschauend und richtig gehandelt oder reagiert haben. Ich habe es viel ausführlicher getan, als es heute in einem kurzen Diskussionsbeitrag möglich ist.

Aber ich will die Schwierigkeit unserer Situation hier an einer Erfahrung veranschaulichen: Wir haben zunächst Kritik erfahren — auch aus unserer eigenen Mitgliedschaft, bis hin zu Parteiaustritten —, als wir im September gemeinsam mit unserem hart bedrängten Freund Uwe Barschel die Angriffe gegen ihn zurückwiesen. Wir haben dann wesentlich mehr Kritik vernommen — und auch mehr Parteiaustritte hingenommen —, als nach ersten Widersprüchen zu den Erklärungen Uwe Barschels im Untersuchungsausschuß öffentlich Sorgen artikuliert wurden.

Ich unterstreiche hier zu dieser Frage, die auch am Sonnabend noch eine ganz ent-

scheidende Rolle in der kritischen Debatte spielte: Eine sichere Bewertung, was die Vorwürfe gegen Uwe Barschel betrifft, ist erst möglich, wenn in den eingeleiteten Verfahren der Justiz und des Untersuchungsausschusses Ergebnisse vorliegen, die eindeutig sind. Erst muß die Wahrheit offenbar sein, bevor Folgerungen aus den Vorwürfen gezogen werden können, auch und vor allem im Hinblick auf unseren verstorbenen Freund Uwe Barschel.

Wir haben seit dem 13. September — auch unter den Vorzeichen der dramatischen Veränderungen, die ich hier kurz andeutete — immer wieder — viele, viele Stunden — unter uns diskutiert, im Landesvorstand, mit den Vorsitzenden der Kreisverbände und Vereinigungen und in den Kreis- und Ortsverbänden, und manche sahen eine Zerreißprobe für unsere Partei voraus oder vermuteten bis in die letzten Tage einen unheilbaren Riß.

Wer nun mit diesen Sorgen — oder, was manche Beobachter betrifft, auch schadenfrohen Hoffnungen — zu unserem Landesparteitag vor zwei Tagen nach Timmendorfer Strand kam, ist insoweit enttäuscht worden.

Es gab dort eine leidenschaftliche, streckenweise schwierige Debatte mit über 40 Beiträgen in der Diskussion und auch unterschiedliche Wertungen. Diese Diskussion — ich kann das heute dankbar

„Unsere Partei hat im Wahlkampf und nach dem Wahltag Fehler gemacht. Aber wir lassen die Integrität unserer Partei nicht in Frage stellen und wollen weiter gemeinsam für unsere Überzeugungen und Ziele arbeiten.“

(Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auf dem 40. Landesparteitag der CDU in Timmendorfer Strand)

„Die Unionsparteien und die Koalition, vor allem ihre führenden Repräsentanten, müssen ihre Aussagen und Entscheidungen wieder auf die zentralen Zukunftsaufgaben unseres Gemeinwesens konzentrieren, Diskussionsprozesse nachvollziehbar führen und getroffene Beschlüsse gemeinsam mit einer klaren, verständlichen Sprache begründen. Strategische Fragen kann man nicht per Interview klären. Auch als Regierungspartei wollen wir uns als offen und diskussionsfähig erweisen. Aber wir sind verpflichtet, zu Ergebnissen zu kommen und diese auch politisch umzusetzen.“

(Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg)

sagen — hat aber unter uns im Ergebnis Gemeinsamkeiten gestärkt und die Notwendigkeit unterstrichen, daß wir, ohne Spannungen zu vertuschen, eine handlungsfähige Landespartei sein müssen.

Nicht Selbstgerechtigkeit stand im Vordergrund dieser Debatte am Sonnabend, sondern der Wille, Brücken zu schlagen und damit die Verantwortung, die wir als Delegierte in Timmendorfer Strand für unsere Mitglieder und für unser Land tragen. Das will ich hier dankbar erwähnen. Es kommt auch in dem am Sonnabend fast einstimmig beschlossenen Leitantrag zum Ausdruck: Bereitschaft zu kritischer Würdigung, in einem Punkt auch Bedauern über bestimmte Verlautbarungen, aber zugleich auch Verstehen der anderen, Verstehen der Gründe, die zu solchen Erklärungen in einer aktuellen Situation geführt haben.

Worauf ich entscheidenden Wert heute hier wie in allen unseren Diskussionen in Schleswig-Holstein seit Mitte Oktober

lege: niemand wird ausgegrenzt. Ich sage nach sorgfältiger Würdigung und vielen Gesprächen mit besonders hart bedrängten Parteifreunden und auch Fraktionskollegen der Landtagsfraktion: Was immer der einzelne sich kritisch fragen muß, niemand kann ausgegrenzt werden, weil bei aller Möglichkeit des Irrtums und der Fehlerhaftigkeit keiner aus unlauteren Motiven gehandelt hat. Ich will dies auch einmal sagen als die Erfahrung von Fraktionskollegen in Kiel,

„Nur gemeinsam können wir aus dem Tal herauskommen und neues Vertrauen gewinnen. Wir können es schaffen, wenn wir redlich miteinander umgehen und aus den Vorgängen der letzten Monate bleibende Lehren ziehen. Ermutigend ist, daß in den letzten Wochen auch einige hundert neue Mitglieder zu uns gekommen sind, um uns in einer sehr schweren Zeit durch aktuelle Mitarbeit zu helfen.“

(Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auf dem 40. Landesparteitag der CDU in Timmendorfer Strand)

deren Namen die meisten von Ihnen gar nicht kennen:

Hier sind um unsere Partei hochverdiente Parteifreunde durch die Welle der massiven Kritik, die gegen uns ausgelöst wurde, bis in den Bereich der Familie und der Kinder hinein in eine persönliche Bedrängnis geraten, die für mich unakzeptabel ist und bei der ich als Landesvorsitzender für sie, soweit mir das möglich ist, auch eine Schutzfunktion wahrnehme.

Ohne Selbstgerechtigkeit wollen wir unsere Verantwortung für Schleswig-Holstein für unsere gemeinsame Politik als CDU Deutschlands voll wahrnehmen. Wir weisen auch als Landespartei so —

wie Helmut Kohl und Heiner Geißler und Sie durch Ihre Zustimmung, für die ich dankbar bin, das heute getan haben — die haltlosen Verdächtigungen aus der SPD und leider vereinzelt auch von anderen zurück, die Führung der Landespartei oder die Landtagsfraktion in eine irgendwie geartete Verbindung zu den verwerflichen Machenschaften dieses unsäglichen Pfeiffers zu bringen. Heiner Geißler hat hier ein Zitat aus den unglaublich verleumderischen Artikeln des „Politisch-Parlamentarischen Pressedienstes“, der ja im Verlag des Sozialdemokratischen Pressedienstes GmbH erscheint, erwähnt und klar kommentiert. Und weil er das getan hat, will ich hier nur in einer Fußnote sagen: Ich habe zum erstenmal in meiner jahrzehntelangen politischen Laufbahn rechtliche Schritte gegen eine Publikation eingeleitet.

Das Ergebnis ist, daß in diesem Rechtsstreit Dr. Stoltenberg gegen Sozialdemokratischen Pressedienst GmbH die Anwälte des Sozialdemokratischen Pressedienstes folgendes schreiben: „Ihnen liegt die Klarstellung unserer Mandanten vom 4. November vor, die erklärt worden ist, bevor Sie in die Sache eingeschaltet waren. Daraus ergibt sich zweifelsfrei, daß unsere Mandanten nicht behaupten wollten und werden, daß Ihr Auftragegeber persönlich von den in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein ausgeheckten Machenschaften gewußt oder daran mitgewirkt habe. Diese Erklärung unseres Mandanten gilt nicht nur im Hinblick auf die in der Klarstellung revozierte Äußerung, sondern allgemein.“

Meine lieben Freunde, ich habe das nicht nur getan, um meine in Frage gestellte Integrität und Ehre zu verteidigen — das muß ja sein, auch wenn ich leider noch am Sonnabend in einer in Bonn erscheinenden Zeitung eine Aufnahme dieser Verdächtigungen lese —, ich habe das im

Interesse unserer Landespartei getan, die Anspruch darauf hat, daß ihre Ehre und Integrität nicht in dieser Form beschädigt werden können.

Heute wissen wir, daß Funktionäre der schleswig-holsteinischen SPD und auch der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jansen bereits Gespräche, intensive Gespräche mit dieser schlimmen Gestalt Pfeiffer führten, als wir, die gewählten Repräsentanten unserer Landespartei, nicht den leisesten Hinweis auf seine Aktivitäten hatten. Natürlich ist es notwendig, daß diese Verbindungen zu Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei auch im Untersuchungsausschuß noch deutlicher erfragt und, wenn möglich, noch deutlicher aufgeklärt werden, als wir das bis heute erkennen können.

Wir stehen vor wichtigen und großen Aufgaben im Land. Es darf in den vor uns liegenden Monaten keinen Stillstand in der Landespolitik geben. Die geschäftsführende Landesregierung muß handlungsfähig sein, auch unter den Bedingungen eines Patt. Ich will hier auch meinem Freund Henning Schwarz herzlich Dank sagen für seinen vorbildlichen Beitrag in den letzten Wochen.

Wir müssen uns neben den Aufgaben, die wir im Landeshaus haben, und dem, was in unserer Partei nach dem Parteitag und seiner Orientierung weiter zu diskutieren

„Wir brauchen auch wirksamere Gesetze gegen organisierte Gewalt, ihre Drahtzieher, besseren Schutz für die Bürger und insbesondere für unsere Polizeibeamten, die bei der Erfüllung ihrer schwer gewordenen Aufgaben von uns Politikern nicht allein gelassen werden dürfen.“

(Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg)

und aufzuarbeiten ist, auf die Neuwahlen vorbereiten, deren Termin noch nicht feststeht, die sich aber jedenfalls vor der Sommerpause abzeichnen. Wir müssen aus Fehlern lernen, aber zugleich an die Arbeit gehen.

**Ich sage als meine Grundüberzeugung:
Wir haben, wenn wir das richtig machen,**

„Wir sind nach Wahlsiegen nicht übermütig geworden, und wir haben nach Niederlagen nie den Mut verloren. Das verdanken wir in erster Linie unseren Mitgliedern, die vor Ort unsere Politik umsetzen und vertreten. Die CDU Schleswig-Holsteins ist weder ein Honoratiorenclub noch eine ‚lammfromme‘ Gefolgschaft“.

(Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auf dem 40. Landesparteitag der CDU in Timmendorfer Strand)

eine sehr gute Chance, mit der FDP zusammen eine Mehrheit zu erreichen, wie ich hoffe, in einem günstigeren bundespolitischen Klima und Umfeld, als wir das in diesem Sommer hatten. Ich kann alles, was Helmut Kohl und Heiner Geißler dazu gesagt haben, nur unterstreichen.

Schließlich, wir möchten als Landespartei auch unseren gestaltenden Einfluß weiterhin ausüben, unseren Beitrag leisten für die großen Aufgaben, die uns als Bundespartei, als CDU Deutschlands gestellt sind. Ich danke Ihnen allen für viel Verständnis, für viel Solidarität, die wir in den letzten Wochen von der ganzen CDU Deutschlands erfahren haben. Ich versichere Ihnen, wir werden nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht tun.

(Anhaltender lebhafter Beifall — Bundeskanzler Helmut Kohl beglückwünscht Gerhard Stoltenberg)

Beschlüsse des 35. Bundesparteitages

Beschluß Nr. A 1

1. In 38 (Bundesvereinigungen) des Statuts der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 7. Oktober 1986, wird folgende neue Ziffer eingefügt:

„8. Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU).“

2. In 39 (Zuständigkeiten der Vereinigungen) des Statuts der CDU wird in Absatz 1 in der nach dem Wort „Wirkungskreisen“ folgenden Klammeraufzählung hinter den Worten „Vertriebene und Flüchtlinge“ eingefügt

„ältere Generation“.

3. Der Bundesparteitag bittet den Bundesausschuß der CDU, auf seiner nächsten Sitzung gemäß 39 Abs. 3 Satz 2 Statut der CDU der vorgesehenen Gründung der Senioren-Union der CDU zuzustimmen.

4. Die unter Ziffern 1 und 2 beschlossenen Änderungen des Statuts der CDU treten mit Ablauf des 31. Dezembers 1987 in Kraft.

5. Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand der CDU, zu einem frühestmöglichen Termin im Jahre 1988 in Zusammenarbeit mit dem Senioren-Beauftragten der CDU Deutschlands sowie den Senioren-Beauftragten der CDU-Landesverbände und bereits amtierenden Vorsitzenden von CDU-Landes-Senioren-Vereinigungen die Gründung der Senioren-Union der CDU auf Bundesebene vorzubereiten und durchzuführen.

Beschluß Nr. B 1

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die Initiative der Jungen Union zur Bekämpfung

des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs. Der vorgelegte Maßnahmenkatalog bedarf aber noch einer eingehenden Beratung. Der Antrag der Jungen Union wird daher an die Bundesfachausschüsse Jugendpolitik und Gesundheitspolitik überwiesen mit der Maßgabe, dem 36. Bundesparteitag einen im Bundesvorstand weiterentwickelten Text zur Beschlußfassung vorzulegen.

Beschluß Nr. B 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Beauftragten für Menschenrechte zu berufen.

Beschluß Nr. B 3

Bis zum 36. Bundesparteitag werden die Aufgaben einer Zukunftskommission von den bereits eingesetzten und geplanten Kommissionen

- Kommission „Ländlicher Raum“,
 - Organisationskommission,
 - Kommission „Leben und Würde des Menschen“,
 - Kommission „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“,
 - Arbeitsgruppe „Innerparteiliche Frauenförderung“
- wahrgenommen.

Beschluß Nr. B 4

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alle notwendigen Schritte zur Ratifizierung der UN-Anti-Folter-Konvention, die von der Bundesregierung Ende 1986 gezeichnet wurde, einzuleiten.

Beschluß Nr. B 5

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine bessere steuerliche

Berücksichtigung privater Förderer und Mäzene im Bereich der Kultur gesetzlich zu verankern, um bei knapper werdenden öffentlichen Haushaltsmitteln die Bereitschaft zur privaten Kulturförderung, u. a. durch Stiftungen und Leihgaben, stärker zu wecken.

Beschluß Nr. B 6

Der 35. Bundesparteitag hält die Verabschiedung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes durch den Bundestag für dringend geboten. Er fordert Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, alsbald in dieser Richtung initiativ zu werden.

Beschluß Nr. B 7

Die Bundesregierung wird gebeten sicherzustellen, daß bei Organisationsprüfungen und anstehenden Standortentscheidungen die Frage, ob Behörden, Teile von Behörden oder Funktionsbereiche in strukturschwache Gebiete gelegt werden können, vorrangige Berücksichtigung findet.

Beschluß Nr. B 9

Der 35. Bundesparteitag hält zur Frage eines freiwilligen Wehrdienstes von Frauen eine vertiefte Diskussion für erforderlich. Er überweist daher den Antrag B 9 des Kreisverbandes Mark an die Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Sicherheitspolitik mit der Maßgabe, dem Bundesvorstand eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß zu erarbeiten.

Beschluß Nr. B 10

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die gesetzgeberische Initiative zur Verbesse-

rung des Zeugenschutzes im Strafverfahren und drängt auf eine baldige Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs.

Der 35. Bundesparteitag fordert den Gesetzgeber auf, die „Vergewaltigung in der Ehe“ unter Strafe zu stellen.

Beschluß Nr. C 1

Der 35. Bundesparteitag der CDU bittet die Bundesregierung sowie die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, durch verbesserte Gesetze die Polizei in die Lage zu versetzen, sowohl vorbeugend als auch im Einsatz Gewalttaten im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen verhindern und verfolgen zu können.

Der Bundesparteitag der CDU verurteilt mit tiefer Empörung, daß Polizeibeamte bei der Erfüllung ihrer Pflichten von Rechtsbrechern und politischen Gewalttätern ermordet und schwer verletzt worden sind.

Drei neue Mitglieder des Bundesparteigerichts

Der Bundesparteitag hat auf Vorschlag des Bundesvorstandes drei Mitglieder des Bundesparteigerichts für die Zeit bis zum 6. November 1988 einstimmig gewählt. Es sind als Ordentliches Mitglied: Dr. Walter Kiwit, Siegburg, Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises (Stellvertretendes Mitglied des Bundesparteigerichts seit 1972).

Als Stellvertretende Mitglieder: Frau Dr. Pia Rumler-Detzel, Köln, Richterin am Oberlandesgericht Köln; Carl L. Sträter, Berlin/Bonn, Richter am Bundesverwaltungsgericht.

Gerhard Braun:

Die CDU braucht den Erfahrungsschatz der älteren Generation

Liebe Freunde! Punkt 20 der Tagesordnung sagt aus: Änderung des Statuts der CDU. Ich persönlich bin der Meinung, daß es sich hierbei nicht nur um eine satzungsmäßige Angelegenheit handelt, sondern daß hier gleichzeitig auch ein wichtiger politischer Schritt vollzogen wird, ein wichtiger politischer Schritt für die Zukunft.

Vor fünf Jahren, im Jahre 1982, machte die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf der Weltversammlung in Wien den Versuch, die Lage der älteren Menschen zu analysieren und entsprechende Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Situation zu geben. Der von der Weltversammlung damals verabschiedete Aktionsplan zur Frage des Alterns hob dabei u. a. hervor, daß sich alle Verantwortlichen möglicherweise um eine völlig andere Betrachtungsweise bemühen müssen, um zu verstehen, daß es beim Problem des Alterns heute nicht nur um Schutz und Versorgung geht, sondern vielmehr auch um die Frage, wie man die älteren Menschen mit einbeziehen und mitwirken lassen kann. Und schließlich stellt dieser Aktionsplan fest: Mit der Tendenz des schrittweise zunehmenden Alters und des wachsenden Anteils der Alten an der Gesamtbevölkerung wird den Politikern bis weit in das 21. Jahrhundert hinein unweigerlich eine der schwierigsten Aufgaben gestellt.

Meine Damen und Herren, genau das, was vor fünf Jahren gefordert worden ist, findet seine Verkörperung in der Senioren-Union, die diese Politik eindrucksvoll vertritt, nämlich weg vom Senioren-Schutz-

bund und den Senioren-Unterhaltungsnachmittagen und dafür hin zur aktiven, umfassenden Mitwirkung der älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben und der politischen Meinungsbildung in unserem Land.

Ich meine, wir als Delegierte können alle stolz darauf sein, daß wir als CDU eine Pionierrolle übernommen haben, indem wir diesen Wandel im Selbstverständnis und in den Bedürfnissen der älteren Generation sehr früh erkannt und vor allem von Anfang an ernst genommen haben.

Die CDU war nicht nur die erste, sie ist bis auf den heutigen Tag die einzige Partei in unserem Land, die mit der bereits jetzt aktiv arbeitenden Senioren-Union einen kompetenten Sprecher und Vertreter der älteren Generation als Partner hat. In mehr als 650 Orts- und Kreisverbänden gilt die Senioren-Union bereits als verlässlicher politischer Ansprechpartner für die ältere Generation.

Darüber hinaus weiß die ältere Generation ganz genau, daß sie über wertvolle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügt, und sie will diese Fähigkeiten anwenden. Ältere Menschen wollen und brauchen keine Beschäftigungstherapie, sondern Aufgaben, die ihrem Leben einen Sinn geben und auch anderen von Nutzen sind.

Ich meine, daß die CDU den Erfahrungsschatz der älteren Generation braucht. Es wäre töricht, diesen Erfahrungsschatz in unser politisches Leben nicht miteinzubeziehen.

Meine Damen und Herren, mit der vorgesehenen Gründung einer Senioren-Union wollen wir nicht die Älteren ausgrenzen oder isolieren. Unser oberstes Gebot ist Zusammenarbeit, Zusammenarbeit wie auch in der Vergangenheit insbesondere mit den übrigen Vereinigungen und Gruppen, und vor allen Dingen der ständige Dialog mit der jungen Generation.

In dem vor Ihnen liegenden Antrag weise ich besonders auf Ziffer 5 hin. In Ziffer 5 fordert der Bundesparteitag den Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit den Senioren-Beauftragten und den Landesvorsitzenden der Senioren-Union baldmöglichst im Jahre 1988 auch auf Bundesebene diese Gründung durchzuführen,

die in einer Reihe von Landesverbänden bereits vollzogen ist.

Wir haben also heute nicht über Altersfragen, über Altersbegrenzungen, über Beitragsfragen zu sprechen, sondern wir haben heute lediglich die Satzung entsprechend zu ändern, um damit die Möglichkeit zu schaffen, daß auch auf Bundesebene diese Senioren-Union gegründet wird.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich bitte Sie um ein überzeugendes Votum, damit die über 12 Millionen über 60jährigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Lande erkennen, wer ihr Ansprechpartner in diesen ihren Belangen ist, nämlich die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Trauer um Maria Schinzel

Die Vorsitzende der hessischen Senioren-Union der CDU, Maria Schinzel (60), die nach einem Diskussionsbeitrag auf dem Bundesparteitag in Bonn einen Schwächeanfall erlitt, ist an den Folgen des Anfalls in einer Bonner Klinik gestorben. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, äußerte sich in einem Beileidstelegramm an den Ehemann erschüttert über ihren plötzlichen Tod.

Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Schinzel,

tief erschüttert habe ich soeben vom Tode Ihrer Gattin erfahren, die nach einem überzeugenden politischen Plädoyer auf unserem Bundesparteitag plötzlich verstorben ist.

Ich darf Ihnen und Ihrer Familie zu diesem schmerzlichen Verlust persönlich und im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mein herzliches Beileid übermitteln.

Der vorbildliche Einsatz Ihrer Frau für die Anliegen der Senioren und ihre langjährige Treue zur Sache der Union werden wir in dankbarer Erinnerung behalten.

Ich wünsche Ihnen in diesen schweren Stunden von Herzen viel Kraft und Gottes Segen.

CDU Schleswig-Holstein: Vertrauen für Gerhard Stoltenberg

Die CDU Schleswig-Holstein hat die Konsequenzen aus der Pfeiffer-Affäre gezogen: In einer mutigen und engagierten Debatte auf dem 40. Landesparteitag in Timmendorf sprachen sich die Delegierten für eine rückhaltlose Aufklärung der Kieler Ereignisse aus. Gleichzeitig standen Neuwahlen auf dem Programm. Der bisherige Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, wurde in seinem Amt bestätigt. Von den 424 Delegierten stimmten 355 für, 58 gegen ihn. Elf Delegierte enthielten sich der Stimme. Das entsprach 83,7 Prozent.

Der Ermittlungsstand in der Kieler Affäre und der Umgang mit dem ehemaligen in Genf verstorbenen Ministerpräsidenten Uwe Barschel waren die bestimmenden Themen des Parteitages. Die Delegierten verabschiedeten nach einer engagierten, leidenschaftlichen Diskussion einen vom Ortsverband Lübeck formulierten Leitantrag, in dem der Wille zur vorurteilsfreien und lückenlosen Aufklärung der Pfeiffer-Affäre bekundet wird. Zurückgewiesen werden darin die Versuche der SPD, die CDU insgesamt herabzusetzen und mit den Vorgängen der letzten Zeit zu belasten. Kritisiert wurde der von Trutz Graf Kerksenbrock in seiner Eigenschaft als Obmann des Untersuchungsausschusses herausgebrachte Zwischenbericht über den Stand der Ermittlungen im Untersuchungsausschuß. Zugleich bedauerte der Parteitag den Fraktionsbeschuß, in dem Uwe Barschel am 9. Oktober — also zwei Tage vor seinem Tod — zum Mandatsverzicht aufgefordert worden war.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Kribben, gab in seinem Rechenschaftsbericht bekannt, daß er nicht mehr für eine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung stehe.

Der Landesvorsitzende Gerhard Stoltenberg hatte den Parteitag mit einer klaren und eindeutigen Rede eingeleitet und dabei betont, daß er in stürmischen Gewässern nicht von Deck gehen wolle. Mit Stoltenberg wurden auch seine Stellvertreter Dall Asta, Flessner, Würzbach und Frau Hunecke wiedergewählt. Vorher hatte der amtierende Ministerpräsident, Henning Schwarz, in einer beifällig aufgenommenen Rede sich für die Wiederwahl von Gerhard Stoltenberg eingesetzt, weil dieser für die CDU im Lande unentbehrlich sei. Unter dem Beifall der Delegierten bedauerte Schwarz es, daß der Oppositionsführer Engholm in einem Maße herabgesetzt und gedemütigt worden sei, wie es nicht dem humanitären Leitideal der Demokratie entspreche.

Neben Henning Schwarz setzten sich auch Peter Kurt Würzbach und — viel beachtet — der Ehrenvorsitzende, Kai Uwe von Hassel, für einen Neuanfang der Partei und eine Rückgewinnung des Vertrauens bei den Bürgern ein. Es komme auf „Wahrhaftigkeit, Offenheit und Lauterkeit“ an. Noch vor den Neuwahlen müsse die Partei wieder Tritt fassen und den Blick nach vorn richten. Über die Landesliste und den Spitzenkandidaten soll ein Sonderparteitag möglichst noch vor Ostern kommenden Jahres entscheiden.

Vorweihnachtliche Sympathiewerbemittel

Neu Sympathie-Plakat Frohes Fest

Wünschen auch Sie Ihren Mitbürgern im Namen der CDU ein „Frohes Fest“! Mit diesem neuen Plakat (Format A1) bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein ansprechendes, weihnachtliches Motiv an.

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme:
18,50 DM
Bestell-Nr.: 8013

2. Auflage Advents- und Weihnachtsliederbuch

Das beliebte Advents- und Weihnachtsliederbuch wurde neu aufgelegt.

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme:
26,50 DM
Bestell-Nr.: 2867



Weitere weihnachtliche Werbemittel

Best.-Nr.	Artikel	Mindestabnahme	Preis
9923	Weihnachtskarten (4 Motive)	100 Stück	DM 12,70
9362	CDU-Schal	1 Stück	DM 8,50
9812	CDU-Mütze	1 Stück	DM 8,50
9880	Winterpuzzle	25 Stück	DM 25,00
9890	CDU-Eiskratzer	100 Stück	DM 57,00
9922	Getränkebecher	100 Stück	DM 13,00

Bestellungen richten Sie bitte an das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

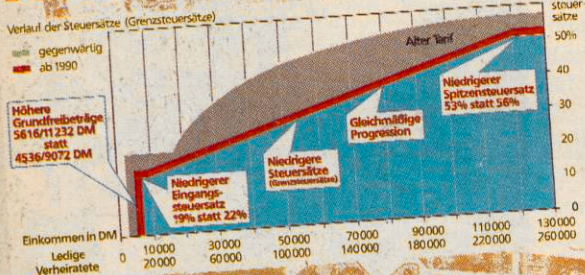
Die Preise verstehen sich inklusive Transportkosten zuzüglich Mehrwertsteuer.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wort gehalten: Wir senken die Steuern

CDU
DIE STEUERSENKUNGSPARTEI

Deutliche Steuersenkung für alle



- ✓ Dauerhafte Entlastung für alle Steuerzahler – weniger Steuern: Das heißt mehr Geld im Portemonnaie.
- ✓ Mehr Steuergerechtigkeit für alle durch Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen.
- ✓ Leistung lohnt sich wieder; Vor allem bei Mittelstand und Facharbeitern wird die übermäßige Steuerprogression abgebaut.
- ✓ Steuersenkung sichert mehr Wohlstand für alle, bringt neue Investitionen und neue Arbeitsplätze.

CDU
Die Zukunft

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

36/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.